



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

März 2025



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

VORWORT: ZUM AMTLICHEN ENDERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL 2025

Was das amtlich veröffentlichte Wahlergebnis nur aussagen kann ist: Wie wurde im deutschen Volk und von seinen Staatsbürgern gewählt. In der hohen Beteiligung ist es repräsentativ. Die absolute Mehrheit gab den Kriegsparteien ihre Zustimmung für eine weitere Regierung des Krieges und des Sturms des Faschismus. Was aber uns Kommunisten und die Arbeiterbewegung zu interessieren hat: wie hat der Arbeiter und die Jugend gewählt. Das ist nur mit viel Arbeit und größter Mühe einigermaßen herauszufiltern aus den Bezirkswahlkreisen etc. Eine Untersuchung des DGB zu seiner Mitgliedschaft erscheint ihnen längst bedeutungslos zu sein bzw. veröffentlichten sie nur noch mehr oder weniger intern, was ja im realen Tun, z.B. der IGM und IG Chemie in ihren Kundgebungen „Nach der Wahl – ist in der Wahl welche Schichten vertrete ich noch“ eben das Untere Bürgertum und Teile der Werktätigen, die ihre Stimme der einen oder der anderen Kriegspartei gaben und jetzt sich in den IGM-Kundgebungen im Protest ihrer Wahl und damit bestimmend in der Kriegs-Regierung, ihre ganze Unzufriedenheit mit dem Ergebnis auch ihrer Wahl zum Ausdruck brachte. Das zeigten sie, erneut in den gewerkschaftlichen Kundgebungen nach der Wahl im März. Wenn man von einzelnen Ausnahmen absieht – die größte geschlossene Teilnahme von Arbeitern war aus den ruinierten Stahl-Monopolen, wie aus dem Saarland in Frankfurt und einem etwas größeren Teil der in der Erwerbslosigkeit stehenden Arbeiter aus der Auto-Industrie, wie Opel.

Wie haben also die Arbeiter ihre Stimme genützt und eingesetzt: Dies konnte man nur darin erfahren, in dem man sich wichtige Bezirke der Wahl in einigen Gebieten der Republik wenigstens nach der Klassenzusammensetzung ansah und untersuchte. Die einem wenigsten eine Richtung des realen Wahlverhaltens des Arbeiters angeben und damit auch bestimmend werden kann in der Arbeiterbewegung und dem Herankommen an den Generalstreik. Denn wie man stimmt und eine Bourgeoisie und ihre Parteien wählt, bestimmt das Klassenbewusstsein eben in der Klasse gegen Klasse. Zu allererst ist zu sagen, dass fast 20

Prozent der Arbeiter nicht an der Wahl des Parlamentarismus - wie der darin gegebenen Unterwerfung: „Wie unterwerfe ich mir als Bourgeoisie das Volk im Krieg und in meinem Sturm des Faschismus - gegen das Volk“ - teilgenommen haben oder teilnehmen konnten. Wenn sie dies wollten: die Arbeiter ohne die deutsche Staatsbürgerschaft sind von Haus aus NICHTWÄHLER. Die kleine Untersuchung von uns ergab: Der Arbeiter mit Wahlberechtigung – so weit er zur Wahl ging – ist nicht die Klasse, die einer faschistischen Partei wie der AfD den Einzug in die Regierungsgeschäfte im Verbund mit der CDU/CSU und dem Steigbügelhalter der Vaterlandsverteidiger die Stimme gab, wenn es auch werktätige Wahlbezirke gibt, wie im Ruhrgebiet, wo sie sich ihren Henker gewählt hat, über das amtliche Wahlergebnis der AfD hinaus. Ebenso ist es in Wahlbezirken mit höherem proletarischem Anteil an Wahlberechtigten die Ausnahme, dass sie wie Jahrzehntlang noch der SPD ihr Vertrauen schenken, sie könnte was gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Interesse des Arbeiters tun. Auch sie, die Arbeiter, nahmen teil in ihrem Wahlverhalten am Untergang der SPD als einer Partei, die nicht mehr als noch unter einem Drittel die Stimme aus dem Volk erhält. Was sich eben darin auch zeigt: der DGB, wie die Industriegewerkschaften - in den letzten Jahrzehnten noch eine „Hochburg“ der SPD - ist vom Arbeiter als das erkannt, als eine Partei der Monopolbourgeoisie, worin ein Unterschied zur CDU/CSU längst sich marginalisiert hat. Was sich eben zeigt, warum die Industriegewerkschaft die Arbeiter nicht mehr, auch nicht unter den Gewerkschaftsmitgliedern, sozialdemokratisch zu organisieren weiß und sich die Industriegewerkschaften auflösen in die allgemeine noch gegebene Schicht aus dem Kleinbürgertum und ihren Demokraten und kleinen Teile der Antifaschisten und Kriegsgegner. Dies zeigt die Untersuchung und darin die Stichproben, soweit man sie klassenspezifisch noch machen kann – durch die amtlichen Wahlergebnisse in traditionellen Gebieten der Arbeiter und Werktätigen in der BRD.

Nicht leichter fällt einem auf den gegebenen Fakten zur Arbeiter- und zur werktätigen Jugend eine konkrete und präzisere Aussage zu treffen, wie sie von der Bourgeoisie und ihren Parteien selbst gegeben ist. Darin ist aber für die Anti-Kriegspolitik unter der Jugend, insbesondere unter der lernenden Jugend, der zahlenmäßige Aufschwung der Linkspartei in dem Zu-Gewinn an der Mitgliedschaft und auch darin in ihrem Wahl-Ergebnis von den 20- bis 30-Jährigen zu sehen. Die aus sozialen Gründen, wie die bei ihr besonders grassierende Wohnungsnot und auch ihrer vom Krieg längst bestimmten Ausbildung, sie eine dem Sozialdemokratismus noch zuzurechnende Partei ihre Stimme gegeben haben und auch kleine praktische Handlungen in dem Kampf um Stimmen für die Linkspartei real taten- ein Teil dieser jüngeren Wähler und damit zeitweilig die Linkspartei stabilisierte. Nach der Spaltung durch Wagenknecht und CO.

Siehe hierzu einige Fakten aus dem Wahlergebnis – die wir Kommunisten und die Arbeiterbewegung zu kennen haben – gegen die

Hetze aus dem Bourgeoisie-Lager – die Proletarier wären die Treiber und Verfechter einer AfD, also die alte Mär aus der Nazi-Zeit vom Bürgertum – seine Haltung zu Faschismus und Krieg einer anderen Klasse zuzuschieben. Es ist aber das Bürgertum selbst, um sich die Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten, von der sie lebt und sei es eben mit dem Raubkrieg gegen andere Völker und ihrer Unterdrückung und Okkupation, wie der Arbeiterklasse, die sie ausschließlich „ernährt“ und ihr noch das Fortbestehen ermöglicht.

Nach der Wahl einer Kriegsregierung und dem weiteren Ansturm des Faschismus ist und bleibt VOR der Wahl: Der Klassenkampf des Proletariats. Der einzige Garant, die Menschheit in Deutschland aus des Volkes Elend zu befreien. – Denn kein Panzer ist eine Wohnstadt, keine Haubitze oder Drohne macht den Menschen in den Ruinen seines Landes satt und auch keine Arbeit des Arbeiters „für den Tod Seinesgleichen“ kann die Werke und Fabriken und das gesellschaftliche staatliche Eigentum bewahren, sondern nur vernichten. Keine Freisetzung von Millionen in eine unnütze Freizeit wird der Arbeiter dulden dem Ausbeuter und Unterdrücker. Den Hauptfeind, den deutschen Imperialismus wird die Arbeiterbewegung, das Proletariat zu besiegen wissen, wenn es aus dem Krieg ausscheidet durch seine erneute proletarische Revolution. Möge die Zeit auch so nicht aussehen – Der Sozialismus hat das letzte Wort und das ist Sieg! Sozialismus und Ende mit der Barbarei! - Das bestimmt die heutige Zeit!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
März 2025*

NACH DER WAHL EINER KRIEGSREGIERUNG IST UND BLEIBT VOR DER WAHL - DER KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS!

1.¹

Das reaktionär-faschistische Lager – CDU/CSU/AfD/FDP/BSW/FW – konnte zusammen ca. 29,8 Millionen (Zweit-)Stimmen auf sich vereinen und damit eine Zunahme von 8,5 Millionen (Bundestagswahl 2021: ca. 21 Millionen) verzeichnen. Hingegen lag die Anzahl der Gesamtstimmen für die Linke und SPD bei 14,1 Millionen Stimmen und damit um 1,65 Millionen weniger als bei der letzten Wahl. Ebenso weniger erhielten die Kleinbürgerparteien, also insbesondere die Grünen (- 1 Million weniger). Insgesamt heißt dies: Der reaktionär-faschistische Block ist absolut stärker geworden.

Im Weiteren:

Es gab Umgruppierungen: Knapp 1,8 Millionen SPD-Wähler wählten nunmehr CDU, aber darunter 720.000 wechselten jedoch zur AfD. Hingegen wählten ca. 1 Million vorherige CDU-Wähler nun die AfD, sowie 1,4 Millionen ehemalige FDP-Wähler nun die CDU und 890.000 die AfD. Von den Nichtwählern erhielt die AfD 1,8 Millionen Stimmen. Von den Grünen wählten nun rund 700.000 die Linkspartei, von der SPD ca. 560.000. Nichtwähler waren es hier lediglich 290.000.

Die Regierung, sollte sie denn aus CDU/CSU und SPD gebildet werden, wäre die Vertretung von lediglich 29,9% Wählerstimmen und damit nicht einmal einem Drittel der Wahlberechtigten. Und dabei gilt es immer noch zwei Länder anzusehen: In der annektierten DDR können CDU und SPD von ca. 8 Millionen Wahlberechtigten gerade einmal 2,3 Millionen

¹ Insgesamt ist es lohnend, sich noch einmal die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1930 anzusehen, da es hier gewisse Parallelen und damit natürlich auch Unterschiede gibt: Die Wahlkreise, in denen die NSDAP über 20% der Stimmen gewann, lagen fast ausschließlich in industriell unterentwickelten Gegenden. Rund ein Viertel derjenigen, die 1930 für die NSDAP votierten, waren zwei Jahre zuvor nicht zur Wahl gegangen.

Wähler auf sich buchen, in der BRD sind es „immerhin“ von ca. 40 Millionen ca. 16 Millionen.

Die bürgerlichen Parlamente sind nicht unsere, es sind die der Bourgeoisie, ebenso ist eben die Regierung nicht die unsere, sondern die der Bourgeoisie, und dennoch sind die bürgerlichen Wahlen eine Möglichkeit – für die Bourgeoisie wie für unsere Klasse –, diese zu nützen für ihr Zwecke. Die Bourgeoisie tut dies. Und einer der Angriffe auf das Proletariat, der schon kurz nach der Wahl allüberall als offene Lüge verbreitet wurde, ist, dass der Stimmenzuwachs der AfD (die AfD hat ca. 5 Millionen Stimmen mehr) daher komme, dass 38% der Arbeiter die AfD gewählt hätten.² Untersucht man jedoch die Gebiete, in denen mehrheitlich tatsächlich Arbeiter, Industriearbeiter, wohnen, dann ist festzustellen: Es stimmt nicht, es ist einfach falsch. Und damit eine Zwecklüge um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Wer ist der AfD-Wähler wirklich: Untersucht durch uns wurden das Ruhrgebiet, Teile von Hessen, insbesondere Kassel, von Baden-Württemberg das Gebiet südöstlich von Stuttgart mit viel Maschinenbau, und das Saarland und Wolfsburg. Durch die reale Faktenlage in Wahlbezirken mit großem Anteil des Proletariats. Splitter aus Leverkusen bestätigen dies. Dazu kommt die bekannte Tatsache, dass in der Arbeiterklasse der Anteil der NICHT-WÄHLER besonders hoch ist, da die Arbeiter der nationalen Minderheiten in der Klasse zu dem Teil in der Bevölkerung gehört. Sie haben kein Wahlrecht, besitzen die Bürgerechte nicht, als Nicht-Eingebürgerte und damit nicht deutsche Staatsbürger. Aber längst stellen sie einen Großteil des Proletariats in den Betrieben, in der Produktion und der Mehrwertbeschaffung und des Profits des Kapitals.

Würde die These der Bourgeoisie, das Proletariat habe die AfD gewählt, stimmen, dann würde es bei der AfD einen merklichen Zuwachs an Zweitstimmen geben müssen, was aber nicht der Fall ist, denn die AfD hat gleichviele Erst- und Zweitwählerstimmen. Im Ruhrgebiet stimmt die Mehrheit mit der Erststimme für die SPD, die vor allen anderen vorne liegt. Die verliert aber insbesondere Zweitstimmen. Wenn die Arbeiter mit der Erststimme SPD und mit der Zweitstimme AfD gewählt hätten, müsste der Zweitstimmenanteil der AfD weit höher sein als der ihrer Erststimmen, was aber nicht der Fall ist:

Die SPD hat im Ruhrgebiet 525.700 Erststimmen, die CDU kommt auf 445.900, die AfD auf 327.400 Erststimmen und die Linke auf 173.900. Die SPD verliert 666.300 Zweitstimmen, die AfD aber gewinnt nur 190.500 Zweitstimmen. Nein, das heißt nicht, dass das Proletariat völlig gefeit davor wäre sich den Faschisten anzuschließen, erst recht nicht die Werktätigen. Aber: Die von der Bourgeoisie und ihren Zeitungen verbreitete Aussage, die Arbeiter und Angestellten seien die Ursache für den Zuwachs der Faschisten, ist gerade nicht richtig. Denn in den Gebieten der Industrie,

² Auch dies übrigens eine Parallele zu den Endzwanziger Jahren.

bzw. noch geprägt davon jahrzehntelanges Industriegebiet gewesen zu sein, kann gerade nicht festgestellt werden, dass dort die Faschisten überdurchschnittlich zugelegt hätten, weder im Ruhrgebiet, noch im Saarland, noch in den Gebieten Bade-Württembergs oder Hessens. Auch nicht in Wolfsburg VW, aber dort hat die SPD zwar noch immer 29,5% der Erststimmen, die AfD allerdings über dem Durchschnitt der BRD (17,9%) mit 21% der Stimmen, was über den AfD-Stimmen im Ruhrgebiet wie auch Baden-Württemberg liegt. Die Arbeiterschaft dort mit sehr vielen Häusle-Eigentümern droht durch die Riesen-Kündigungswelle ihr Eigentum zu verlieren nach dem Abschluss mit IGM und BR. In allen diesen Industriegebieten liegt die Wahlbeteiligung unter dem Durchschnitt, im Ruhrgebiet bei 79,1%, zum Vergleich NRW bei 82,5% und BRD und annektierter DDR bei 82,2%

Auch die Werk tätigen wählten nicht „übermäßig“ die AfD, wie in Frankfurt das Gallus, die in werk tätigen geprägten Wahllokalen als stärkste Partei die Linke wählten. Im Gutleutviertel mit vielen Werk tätigen hatte die Linke über 32%. Die AfD dort überall weit unter dem Bundesdurchschnitt, aber gering höher als im Durchschnitt der Stadt Frankfurt. In diesen Vierteln ist der Anteil von Werk tätigen, die nicht wählen dürfen, besonders hoch.

Für den KABD hat sich „Wahlkampf statt Klassenkampf“ wahrlich gelohnt: In der BRD und annektierten DDR kam er auf 24.208 Erst- und 19.876 Zweitstimmen, was einem Anteil von märchenhaften 0,0% entspricht. Bei 60,5 Millionen Wahlberechtigten. In seiner Hochburg Gelsenkirchen, wo er seine Zentrale mit einem recht großen Areal und Bürohäusern, Versammlungsräumen etc. besitzt, erreichte er stolze 599 Stimmen, macht 0,5%. Im Ruhrgebiet zwischen 0,1 und auch mal 0,4%.

Eine Auswertung des DGB über das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern kommt zu folgendem Ergebnis bei den Zweitstimmen - zuerst die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder und in Klammern das allgemeine Wahlergebnis:

SPD:	16,4%	(20,6%)
Linke:	10%	(8,8%)
CDU/CSU:	23,3%	(28,5%)
AfD:	21,8%	(20,8%)
FDP:	3,2%	(4,3%)
BSW:	6,9%	(4,98%)
Grüne:	10,7%	(11,6%)

Soweit uns Zahlen vorliegen, die die Jugend, insbesondere die 18-25Jährigen betreffen, sind diese klassenunspezifisch. Dabei lag die Linkspartei bei 25%, die AfD bei 21%. Bei einer Wahl, die unter Schülern durchgeführt wurde, erhielt die Linkspartei 25%, die AfD „nur“ 14,7%. Als

einer der Hauptbeweggründe für die Wahl der Linkspartei wird am häufigsten die Wohnungsfrage genannt.³

2.

Der Klassengegner wird keine Sektflasche geöffnet haben. Denn: Die Regierungsparteien, wenn sie denn so zusammenkommen wie es derzeit geplant ist, vereinen einen Anteil an den Wahlberechtigten von gerade einmal 22,3 Millionen Wählerstimmen, erhalten von 60,5 Millionen Wahlberechtigten und haben also nicht einmal ein Drittel der Wählerstimmen – was eine tatsächliche Minderheitsregierung! Und dies bei einer nicht geringen Wahlbeteiligung, - die man diesmal als repräsentativ im Wahlverhalten der Deutschen bezeichnen kann. Wenn wir also eines sagen können – und so sehen es alle ihre Zeitungen und Kommentare: Dies ist für die Monopolbourgeoisie eine mehr als wackelige Situation und das Gegenteil stabiler Verhältnisse für das weitere Vorantreiben der Kriegswirtschaft.⁴ Und nicht nur dies: Der Verlust des Einflusses der SPD als Steigbügelhalter ist nicht gerade günstig für die Bourgeoisie bei den anstehenden Entlassungen: Denn was die Monopolbourgeoisie bräuchte, ist der sichere Einfluss mit der Sozialdemokratie im Proletariat, um gerade hier

³ Hier haben wir, und insbesondere die Jugend auch einen Fokus drauf zu legen: Der Mitgliederzuwachs in der Linkspartei, gerade von Teilen der Jugend, ist bemerkenswert – und resultiert gerade aus praktischer Tätigkeit (siehe hier die Berichte zur Tätigkeit z.B. in Berlin-Neukölln der Linkspartei selbst): Hier nicht tätig zu sein, insbesondere in der Frage der Anti-Wehrpflicht-Komitees, wäre ein Fehler, denn dass die „Spitzen“ der Linkspartei gerade nicht eine Anti-Kriegs-Linie einschlagen, hört man ja schon wieder allen Ortes (vgl. nur Gysi, der erst kürzlich eine „Zusammenarbeit“ von CSU über Wirtschaftsverbände einforderte: „Wir müssen uns - von der CSU bis zur Linken, aber auch mit Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmervereinigungen, Künstlern und Wissenschaftlern - darauf verständigen, dass wir unsere Grundfesten von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam verteidigen. Bei Steuern und vielen anderen Themen können wir streiten, aber an diesen drei Fundamenten darf nicht gerüttelt werden. Und wir müssen endlich begreifen, dass Europa als Ganzes handlungsfähig sein muss. Die Nationalstaaten allein haben gegen die Weltmächte keine Chance.“

⁴ So lesen sich auch Reaktionen international, die sich eine „starke Regierung“ gewünscht hätten, Macron: „Wir sind entschlossener denn je, gemeinsam Großes für Frankreich und Deutschland zu erreichen und auf ein starkes und souveränes Europa hinzuarbeiten. In dieser Zeit der Unsicherheit sind wir vereint, um uns den großen Herausforderungen der Welt und unseres Kontinents zu stellen.“ Oder Rutte: „Ich freue mich darauf, in diesem entscheidenden Moment für unsere gemeinsame Sicherheit mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Europa seine Verteidigungsausgaben erhöht, und Ihre Führungsrolle wird dabei von entscheidender Bedeutung sein.“ Und natürlich die Artikel in der FAZ und Co: „Schnelle Klarheit – Wirtschaft dringt auf rasche Regierung“ (FAZ, 24.02.2025), oder „BASF fordert schnelle Regierungsbildung“ (FAZ, 28.02.2025), oder „Regierungsbildung bis Ostern. Warum nicht schneller“ (FAZ, 24.02.2025) usw. usf.

jeden Keim einer Front zu versuchen zu ersticken. Ebenso ungünstig sind das Ergebnis dieser Wahlen und die Regierungsbildung für die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie. Denn auch hier: Es geht um Geld – und die Verteilung dessen, auch unter das Mittelkapital, wird zu scharfen Widersprüchen zwischen Mittel- und Großkapital führen. Machen wir uns also keine Illusionen: Der Klassengegner stellt seine Bastionen längst auf. Und die zentrale Rolle, die u.a. der Generalinspekteur der Bundeswehr bereits jetzt in den Nachrichten der Bourgeoisie eingeräumt bekommt⁵, die kriegshetzerischen Reden, die u.a. ein Pistorius, ob kurz vor der Wahl, ob danach etwa zur Rekrutierung der Jugend für den Krieg hält, die wenig überraschenden Mitteilungen,⁶ die nunmehr „unbegrenzte Finanzierung“ für die Bundeswehr⁷ - der Weg Richtung Militärdiktatur wird dadurch nicht verlangsamt.

Entscheidend ist daher umso mehr die Seite des Proletariats, unsere Seite, und damit auch die Frage danach, was funktionierte bzw. wo unsere Versäumnisse lagen:

Erst recht bei einem Nicht-Wähler-Anteil im Proletariat von einigen Millionen – die Gesamtanzahl der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die nicht wählen dürfen, lag Ende 2023 bei 12,1 Millionen -, hätten wir von Beginn an viel mehr Wucht und vor allem Aktion darauf legen müssen: Unsere Wahl ist unser Kampf! - also die Linie des Wahlboykotts von Beginn an sehr praktisch führen müssen, weil es nur eine praktische Frage sein kann: Der Kampf für unsere Interessen, für die Sache des Proletariats wird in keinem Parlament geführt werden, den können wir nur selbst führen! Guck dir doch an, wer die bürgerlichen Parteien finanziert – das sind die Herren Quandt und Co - und das soll deine Wahl sein?⁸ Dies gilt aber nicht nur wegen der von der bürgerlichen Wahl Ausgeschlossenen, sondern auch für den Teil des Proletariats, der eben, wie es, wenn wir uns kleine Aktionen ausdachten, gerade sichtbar wurde und dementsprechend reagiert: Ja, richtig, wir haben keine Wahl. Besonders sichtbar wurde dies bei der Aktion in Bremen mit den beiden Urnen „Streik“ und „Bundestagswahl“, der schnell deutlich machte, und vor allem für uns zeigte, dass und welcher Boden für den Klassenkampf statt Wahlkampf eben vorhanden ist. Denn gerade um diesen Teil, der längst seine Illusion in die bürgerlichen Wahlen verloren hat, geht es ja. Diesen aber werden wir nicht organisieren, bzw. erst einmal finden, solange wir nicht mit kleinen Aktionen etc. ihre Reaktionen sichtbar machen. Und auch darin mithelfen, dass ihre Stimme in der Arbeiterbewegung gehört wird.

⁵ Vgl. nur das Interview mit Breuer vom 07.03.2025 in der FAZ

⁶ Die Pläne über die 500 Milliarden lagen längst in den Schubladen des BDI etc., siehe nur FAZ, Interview mit Clemens Fuest, 05.03.2025

⁷ Vgl. Tagesschau, 18.03.2025

⁸ Statt dies zu tun, nützten wir die Recherchen zur Finanzierung der Parteien gar nicht!

Gerade aber wenn eine Aktion funktioniert, ist es unabdingbar, dass diese per Bericht sofort weitergetragen wird, damit sie an anderen Orten wiederum funktionieren kann. Durch eigene Tätigkeit hätten wir also noch besser wissen können: Wo ist in welchem Betrieb der Teil des Proletariats, der eben längst weiß, dass mit bürgerlichen Wahlen nur die nächste Kriegsregierung gegen das Proletariat seinen Platz einnehmen wird – das haben wir versäumt, indem wir die Zeit, die wir hatten, nicht nützten, um unsere Taktik eben praktisch zu machen. Diese Lehre ist aber deswegen von so großer Wichtigkeit, weil diese Tätigkeit eben nicht ihr Ende mit den bürgerlichen Wahlen findet, sondern⁹, wenn auch nunmehr ohne bürgerliche Wahlen, in ihrem Inhalt weitergeht: Deine einzige Wahl, Arbeiter, ist der Streik. Ob es die Entlassungen sind, ob es der rasante Umbau in Richtung Kriegswirtschaft ist, ob es die längst erfolgenden Verleihungen in die Rüstungsindustrie¹⁰ geht: Ohne dass sich aus einzelnen Streiks schließlich der Generalstreik – der die Antwort ist – entwickelt, ist das reaktionäre Treiben der Bourgeoisie nicht aufzuhalten. Dein Kampf, Arbeiter, ist nicht der der Bourgeois und ihrer Parteien, sondern nur deiner: Dich zu organisieren, dich mit deinen Kollegen zusammenzuschließen, die Arbeit niederzulegen, gegen die Herren Bourgeois, die ganz sicher keinen Cent weniger in der Tasche haben, die in ihren Villen leben und sich keine Sorgen um die nächste Miete machen etc.¹¹ Und bei jedem Krakeler der AfD o.ä. – wobei es nach den Berichten eben nur, nach wie vor, um einzelne geht -, gerade ihm zu entgegnen, dass er auf der Seite von Quandt und Co steht, um diese Einzelnen zu isolieren und mittels dieser Streikbrecher in den eigenen Reihen die um ihn herum zusammenzubringen.

Nach der Wahl bleibt:

Was also, um es kurz zu sagen, lässt sich aus den bürgerlichen Wahlen für uns schlussfolgern: Nein, es ist nicht derart, dass das Proletariat gefeit wäre davor, dass die Faschisten einen Boden gewinnen, aber dass die Zunahme der Reaktion aus dem Proletariat käme, stimmt nicht, was wiederum heißt: Der Boden für die einzige Frage - Dein Kampf, Arbeiter, ist der Streik! - ist kein anderer oder schlechterer und wir müssen ihn nützen. Das aber werden wir nur mit (kleinen) Aktionen, mit kleinen Taten und Enthüllungen über die Reaktion und ihr Treiben tun können, erst recht in der Tätigkeit um den 1. und 8. Mai.

Es ist und bleibt dem Proletariat und seiner Arbeiterbewegung nur eins: Der Klassenkampf gegen eine Kriegsregierung, wie darin ihre Parlamentarier, die dem Volk durch staatlichen Zwang eine Kriegsanleihe

⁹ Vgl. hierzu nochmals die letzten IZ: Der Wahlboykott ist Teil unserer gesamten Taktik.

¹⁰ Vgl. hierzu nur den Tarifvertrag aus Baden-Württemberg

¹¹ Vielmehr also müssen wir noch dies rausstellen: So ist der Klassengegner, so lebt der usw.!

in Billionen aufzwingt und es in die allgemeine Verelendung und als geschundenes Opfer eines Krieges gegen die Arbeiterklasse international führt; oder die Armee, wie die Wehrmacht unter den NAZIS mit Kriegskrediten ohne Grenzen dem Kapital und den Finanzmonopolen die Kriegsprofite schon mal den Zins und Zinseszins in jährlichen Milliarden bezahlen lässt. Und die große Teile des Geldes aus der Lohn- und Gehaltstüte in der Kriegsindustrie in Pulverdampf aufgehen lässt um dies dann als Investition und Arbeitsplatzsicherung einer Arbeit des Arbeiters, „Für den Tod seiner Gleichen“ auszugeben. Statt was es darstellt, die Ruinierung der vom Arbeiter schon einmal geschaffen Produktivkräfte, wie darin nicht allein die vergegenständlichte, sondern seiner Eigenen in der nicht endenden Massenerwerbslosigkeit. Darin dies abzuwehren, den Krieg und den Ansturm des Faschismus -der sich darin zeigt- ist die „Wahl“ - dass die Arbeiter sich in den Betrieben und in der Republik zu einem Streikkampf organisieren, der den Namen des Generalstreiks verdient und der ein Beginn darin darstellte: **Der Frieden wird Rot.** Kein Volk kann frei sein – Ohne den Kapitalismus zu stürzen und die Arbeitermacht, den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats sich in der eigenen Revolution zu erkämpfen. Dies besagt die „WAHL“ nach der Wahl der Klasse des Krieges des Hauptfeindes der Deutschen Imperialismus - steht im eigenen Land - der Arbeiterbewegung!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
März 2025*

**ÜBER DIE KASSEN DES KRIEGES –
ARBEITERKLASSEN EUROPAS:
VEREINIGT EUCH!
ODER
WIE DER IMPERIALISMUS MIT ALLER MACHT
VERSUCHEN MUSS, SEINE EIGENE
DEZENTRALISIERUNG AUFZUHALTEN**

Der 18. März 2025 weist die Scholz'sche Zeitenwende auf den Platz geschichtlichen Vorgeplänkels des dritten Weltkrieges. Der alte, abgewählte Bundestag beschloss mit diesem Datum nichts weniger als den totalen Krieg. Der Kriegshaushalt darf keine Grenze mehr haben, er hat keine mehr. Jede Bezifferung der kommenden Kriegsschulden, ob nun 1 Billionen samt den 500 Milliarden eines neu geschaffenen „Sondervermögens“ für Infrastruktur, die in fast jeder Verlautbarung als zukünftige Ermöglichung der Truppenverlagerungen von West nach Ost beschrieben wird, oder 1,7 Billionen Schulden in den kommenden 10 Jahren, wie das Handelsblatt noch am Tag vor der das Grundgesetz zertrümmernden Entscheidung des Bundestages kolportierte,¹² wird der zukünftigen Rechnung nicht gerecht. Der Krieg verlangt, was er verlangt. Ende. Aber vor den Billionen Krediten auf künftige Kriegsgewinne, den Anleihen und Schulden historischen Ausmaßes steht weiterhin die nackte Produktion und die Grenze jeder Konsumtionsfähigkeit der Massen, auch nur in Ansätzen das zu kaufen, was die Monopole in den Markt werfen: „Zwei Wochen vor der Bundestagswahl bestätigen Konjunkturdaten die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft. Die Produktion im produzierenden Gewerbe ging im vergangenen Jahr beschleunigt um 4,5 Prozent zurück, nach einem Minus von 1,7 Prozent im Vorjahr. In fünf der vergangenen sechs Jahre ist die Erzeugung damit geschrumpft. Eine so

¹² „Die gesamstaatliche Verschuldung könnte in zehn Jahren um 1,7 Billionen Euro steigen.“(Handelsblatt; 17.3.25)

lange Schwächephase hat es seit der deutschen Wiedervereinigung noch nie gegeben“.¹³

Wer jetzt nicht zum Krieg greift, ist verloren. Die Gläubiger rufen zur Kasse¹⁴, jede Attitüde mit der bürgerlichen Freiheit und der zu schützenden Demokratie ist abgeschrieben. „In Wien warnt der Vorsitzende der Industriellenvereinigung, Georg Knill, es gelte jetzt 'aufzupassen, dass das Rosinenpicken in der Ukraine nicht zum Nachteil Europas ausfällt.'“¹⁵ Und freilich und zum Abschied noch mal die reine Lehre von Frau Baerbock: „Völkerrecht ist deutsche Staatsräson, und deutsche Staatsräson ist Völkerrecht.“¹⁶ Aber lassen wir das. Der deutsche Imperialismus muss bei Strafe des Untergangs nachziehen, wenn sich seine Gegner wie sein einstiger großer Partner, der US-Imperialismus, alles noch zur Verfügung Stehende holen, um den großen und am Ende ihn selbst zerstörenden Krieg gegen China vorzubereiten. Und so liest sich der an die Öffentlichkeit gelangte Erstentwurf eines „amerikanisch-ukrainischen Vertrags“ als „Prioritätensetzung in Reinform“, wie sich die NZZ auszudrücken beliebt: Im Entwurf „fordert die Regierung die Hälfte der Profite aller <mineralischen Ressourcen, aus Öl und Gas, Häfen, anderer Infrastruktur> in der Ukraine. Diese Werte würden in einen gemeinsamen Fonds eingebracht, der nach New Yorker Recht funktioniert. Kiew müsste seine Souveränitätsrechte abgeben. Auch stünde den USA die Hälfte aller Einnahmen aus der Vergabe zukünftiger Lizenzen im Rohstoffbereich zu. Sie könnten die ökonomischen Bedingungen für jede neu erschlossene Ressource auf unbestimmte Zeit festlegen. Washington hätte ein Vorkaufsrecht auf Exporte und damit die Möglichkeit, die Preise dafür auf dem Weltmarkt zu bestimmen. Ein Teil der Einnahmen soll zwar in die ukrainische Infrastruktur fließen, allerdings nur in jene, die der Ausbeutung und dem Transport von Rohstoffen dient. Wie viel dies ist, bestimmen die Amerikaner, Kiew hätte nur eine beratende Rolle.“¹⁷

Jeder gegen jeden auf noch höherer Stufenleiter

Wenn wir uns den Kriegsbillionen des deutschen Imperialismus nähern wollen, müssen wir uns noch einmal vor Augen führen, in welcher

¹³FAZ; 7.2.25

¹⁴„Rechnet man Kiews Kredite bei der European Investment Bank (EIB) und der European Bank of Reconstruction and Development (EBRD) hinzu, ergibt sich eine Summe von fast 50 Milliarden US-Dollar. Das sind laut Berechnung des CADTM rund 44 Prozent aller Auslandsschulden des ukrainischen Staates. (...) Wie aus der Analyse des CADTM hervorgeht, ist die EU damit der Hauptgläubiger der Ukraine – und das mit erheblichem Abstand.“ (german-foreign-policy.com; 27.2.25)

¹⁵FAZ; 14.2.25; Und auch die CDU lässt sich nicht zweimal bitten, endlich Tacheles zu sprechen: „Auch Europa sollte sich einbringen und Rohstoffverträge mit der Ukraine schließen“, so Herr Wadephul. (Handelsblatt; 27.2.25)

¹⁶Junge Welt; 17.3.25

¹⁷NZZ, 19.2.25

Zwickmühle der Imperialismus in seinen Endzeiten steckt. Die Produktivkräfte erzwingen die Zentralisierung, den Weltmarkt und zeitweilige Allianzen.

Und „mit der EU und dem Euro im Besonderen versucht der Imperialismus das Unmögliche: Den Nationalstaat aufrechtzuerhalten und gleichzeitig ihn zu beseitigen. (...) Nur im Weltkrieg ist die Zerstörung groß genug, dass die Welt sich noch einmal und zeitweise in bürgerlichen Nationalstaaten organisieren lässt, die den Keim ihrer Vernichtung schon wieder in sich tragen.“¹⁸

Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln krallt sich der US-Imperialismus den Markt Lateinamerikas unter den Nagel, die militärische Dominanz im Indopazifik und ganze Länder gegen den eigenen Untergang, gegen die Dezentralisierung, die gar droht, den eigenen Nationalstaat mit sich zu reißen und die Lebensader jeder Nationalbourgeoisie ausbluten zu lassen: Zentrale Infrastruktur, Einheitlichkeit, Gleichheit – mehr, als die reine Gewalt nach Innen, worüber wir nach den US-Wahlen im Herbst 2024 bereits schrieben. USA gegen China, Kanonen gegen die eigene Dezentralisierung – daran misst sich der deutsche Krieg. China baut im Nu einen der größten Häfen Lateinamerikas in Peru (und sichert sich für 30 Jahre ein Hafennutzungsrecht für Cosco¹⁹) während der US-Imperialismus mit gezogener Knarre Panama erklärt dort einzumarschieren, wenn es die Hoheit über den Kanal nicht abtritt (und kaum ist die Drohung ausgesprochen, übernimmt BlackRock die Mehrheit der beiden Häfen, die Anfang und Ende der Wasserstraße ausmachen²⁰).

Ein Waffendeal nach dem andern im indopazifischen Ozean zwischen den USA und Japan und den USA und Australien, während das US-Kriegsministerium die Rüstungsausgaben Chinas für 2024 auf 330 bis 450 Milliarden Dollar schätzt. Die nominelle Steigerung beträgt 7,2%.²¹ Und während der deutsche Michel nur empört auf Donald Trump starrt, weil er Grönland will, heißt es wieder aus dem US-Kriegsministerium: „Die chinesische Führung betrachtet die Region als einen neuen Knotenpunkt der Welt, als neue Rohstoffquelle und neue Möglichkeiten, ihre wachsende Macht zu manifestieren“.²² Natürlich, darum geht es für alle Imperialisten: „Der staatliche geologische Dienst von Dänemark und Grönland (GEUS)

¹⁸ Internes Zirkular; „Der Euro führt in die Barbarei und ist historisch unmöglich“

¹⁹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/kritik-mega-container-schiffe-china-hafen-peru--100.html>

²⁰ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/panamakanal-china-usa-100.html>

²¹ Handelsblatt; 6.3.25

²² <https://www.fr.de/politik/rennen-gegen-china-und-russland-was-hinter-trumps-groenland-plan-steckt-zr-93505481.html>

geht von etwa 36 Millionen Tonnen seltener Erden unter dem Eis der Insel aus.“²³

Lasst uns alles verlieren und trotzdem mitmachen, rufen endlich Siemens, die Deutsche Bank und Bayer. Und sie werden verlieren. Den Euro, Europa und am Ende den Krieg.

Die Europäer wissen das, auf welcher Seite der Geschichte sie auch immer selbst stehen: „Die Deutschen haben jetzt beschlossen, dass sie machen können, was sie wollen. (...) Deutschland muss wieder aufrüsten, und plötzlich sind die Schulden kein Thema“.²⁴

Wer zahlt? Wer haftet? Wer diktiert? Wer scheidet aus?

Alles, was jetzt auf die Völker Europas zurollt, bringt Verelendung, Raub und die Kriegswirtschaft. Die Bourgeoisie freilich erhält einen anderen Rat: „Diese Neuverschuldung könnte mittelfristig eine neue Inflationswelle auslösen, da sie nicht durch erwartete Budgetüberschüsse gedeckt ist und ein erheblicher Teil der Emissionen wahrscheinlich von der EZB aufgekauft werden muss. Für Anleger bleibt die Herausforderung, sich bestmöglich gegen Inflation abzusichern. In der Vergangenheit erwiesen sich Sachwerte wie Gold und Aktien als die besseren Inflationsabsicherungen in turbulenten Zeiten.“ Und weiter: „Wird die Zahlungsfähigkeit des Staates infrage gestellt, bleibt der Zentralbank keine andere Wahl als die Schulden zu monetarisieren, um eine Staatspleite zu vermeiden.“²⁵

Die nicht erwarteten „Budgetüberschüsse“ der Rüstungsproduktion bedeuten in der Sprache der politischen Ökonomie: Keine Produktion von Konsumgütern zur Reproduktion der Arbeitskraft, keine Herstellung von Produktionsmitteln zur Erweiterung der Produktion²⁶. Kriegsproduktion aber wirft geschöpftes Geld, Staatsanleihen real in den Umlauf, etwa durch ausbezahlte Löhne hunderttausender Arbeiter, die bereits jetzt in der

²³ Handelsblatt; 11.3.25 „Dennoch gibt es ein weiteres Problem: In vielen Gebieten der Arktis-Insel gibt es neben seltenen Erden, Gold und Titan auch Uran. „Ja, wir haben ein Verbot des Uran-Abbaus“, bestätigt Nathanielsen [Ministerin für Handel, Erwerb und Rohstoffe] und erklärt, dass durch dieses Verbot viele Vorkommen von anderen Rohstoffen nicht genehmigt werden können, da beim Abbau auch radioaktives Uran frei werde. Die Angst vor möglicher Strahlenbelastung ist groß, was zu Protesten in der Bevölkerung führte. Vor allem eine Mine mit seltenen Erden im Süden Grönlands kann deshalb nicht weiterentwickelt werden.“ (ebda)

²⁴ Giancarlo Giorgetti, italienischer Wirtschafts- und Finanzminister (FAZ; 17.3.25)

²⁵ Flossbach von Storch Vermögensverwaltung; „Die europäische Verteidigungsfinanzierung wird die Inflation befeuern“

²⁶ Die „Reagonomics“ in den 1980er Jahren führten zu einer massiven Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der US-Ökonomie auf dem Weltmarkt (die US-Handelsbilanz bei Industriegütern kippte von einem Plus von 18,1 Milliarden Dollar auf ein Minus von 151 Milliarden. (StreitMat Nr. 11; S. Eggerdinger, 19. Oktober 1987: Krise, Krach und der Gestank der Fäulnis)

Kriegsproduktion ausgebeutet werden.²⁷ Mehr Geld trifft auf weniger Waren und weniger Werte. „Letzten Endes ist die Inflation unumgänglich und chronisch, weil das Geld sich vom Wert gelöst hat. (...) Das Geld hat aufgehört, den Reichtum zu messen oder dazustellen.“²⁸ Es ist die Kriegswirtschaft, die sicherstellt, dass der Arbeiter auch dann zur Arbeit erscheint, wenn sein Lohn keinen Gegenwert mehr findet, mit dem er ein Leben fristen kann – eben weil er selbst keinen Gegenwert mehr produziert, sondern Mord und Vernichtung. ***Schlussendlich ist jede Inflation im Imperialismus nichts als eine Klassenfrage: Für wen arbeitet der Arbeiter und für wen nicht!***

Zum 1. März 2025 schreibt der „Tarifvertrag zum regionalen Personaleinsatz für Beschäftigte“ in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg jedem Arbeiter in sein Stammbuch: Weil du nicht gegen deine Ausbeuter kämpfst, erhältst du den Arbeitsdienst (also die Weiterverleihung von Betrieb zu Betrieb, je nach dem, was die Kriegswirtschaft verlangen wird - siehe weiteres in diesem IZ) und nur lobende Worte von Seiten der DGB-Führung für die Sondervermögen und Kriegskredite. Gesamtgesellschaftlich können wir kaum noch von unmittelbarer Lohnsenkung auf den einzelnen Arbeiter, den Betrieb oder den Tarifbereich sprechen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Lohnsenkung und Verelendung, die die Kriegswirtschaft nach sich zieht. Die neben dem Arbeiter große Teile der Zwischenschichten, der Kleinbürger, der Intellektuellen schneller und noch tiefer in den Abgrund reißen wird (siehe Clara Zetkin zur Intellektuellenfrage). Jetzt beweist sich, ob die Arbeiterklasse die führende Klasse ist und um die Befreiung der Menschheit kämpft oder das Lohnbewusstsein siegt. Durch sein Nichthandeln nimmt der Arbeiter die Verelendung großer Teile der Werktätigen im Grunde billigend in Kauf, die dann in Scharen zu den Faschisten überlaufen werden.

Die Monetarisierung der Schulden durch die EZB, das frühere Gelddrucken, das jetzt per Knopfdruck vermehrt wird, entwertet den Euro, lässt die Zinsen für zukünftige Staatsanleihen in die Höhe schießen und die Völker Milliarden schon dafür zahlen, dass die kommenden Schulden nur

²⁷ „Ohne dass wir den Zeitpunkt oder die genaue konkrete Form, in der die Inflationierung des Geldes vor sich gehen wird, vorhersagen können – sie wird unweigerlich eintreten. Denn nach wie vor ist das Zentrale des Kapitalismus nicht das Geld, und schon gar nicht die verschiedensten Formen des Kreditgeldes, sondern die Ware und der Wert. Trifft aber die aufgeblähte Menge des geschaffenen und geschöpften Geldes auf eine gleichbleibende oder gar sinkende Warenmenge, weil die Krise den „Genies der Finanzmachenschaften“ (Lenin) diese kapitalistische Wahrheit einbläut – dann findet unweigerlich eine Preissteigerung statt, die eine wirkliche Inflation ist.“ (Weltwirtschaftskrise, Heft 2, S. 48)

²⁸ Stefan Eggerding: „Der Euro führt in die Barbarei und ist historisch unmöglich“

angekündigt wurden.²⁹ Und vergessen wir nicht: Die Finanzierung durch Steuern und die Schröpfung des Volkes schwächt die Konsumtionskraft, verschärft also die Überproduktion und erzeugt weitere Erwerbslosigkeit (die angehängten Tabellen über die Entlassungen in der BRD + a.DDR legen ein beredtes Zeugnis davon ab, solange man sie als Momentaufnahme liest, die sich augenblicklich wieder ändert).

Die Europäisierung der Kriegskredite

„Meloni ließ in Brüssel erkennen, sie fürchte Marktreaktionen wegen der hohen Forderungen gegenüber dem italienischen Staat, sollten weitere Belastungen aufgrund teurer Rüstungsvorhaben hinzukommen.“³⁰ Das Schuldenprogramm des deutschen Imperialismus treibt nun mal den Zins des Euros in allen EU-Ländern in die Höhe – das Finanzkapital, die Vermögensverwalter und Konsorten können rechnen: Geht den Deutschen das Licht aus, werden die Spanier und Griechen ihre Rechnungen auch nicht mehr bezahlen können, eher reißt er noch alle mit in den Abgrund. Und glaube noch jemand, Teile der italienischen Monopolbourgeoisie treiben nicht selbst zur Kriegswirtschaft auf Kosten der Reste der Produktion gesellschaftlichen Reichtums im eigenen Land.

Wie aber sollen jetzt in Griechenland oder Spanien noch neue Krankenhäuser gebaut werden können? Sie können diese Kriegshaushalte nicht führen, wenn in Relation ihre Verschuldungen jetzt schon auf Anschlag sind! Nicht anders drückt sich doch der Aufschrei des griechischen Volkes, der größten Demonstrationen im ganzen Land nach Ende der Militärdiktatur, ob des „Zugunglücks“ vor zwei Wochen aus: Es geht nicht mehr! Es reicht!

Und dabei noch einmal: Jeder gegen jeden, USA gegen China und die mittleren Imperialisten mit dem aggressiven Deutschen an ihrer Spitze: Wie soll das Gesetz der Zentralisierung durch die gesellschaftlichen Produktivkräfte die Tendenz zur Dezentralisierung des Imperialismus, das Unmögliche, den Nationalstaat aufzulösen und doch nicht aufzulösen, weltweit aufhalten? Was folgt aus all dem für die Menschheit und ihre elementarsten Bedürfnissen wie der Umwandlung der Kernenergie durch Fusion in schier unendlich zur Verfügung stehenden Strom für die gesamte Gesellschaft? Staatsschuld zum Ende des Imperialismus, das objektive Ende des Euros und die Kernfusion als hochgradig zentralisierter Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte geraten in einen unlösbaren

²⁹ „Bereits die Ankündigung des Schuldenpakets ließ die Renditen auf deutsche Staatsanleihen um bis zu 0,4 Prozentpunkte ansteigen – das entspricht allein auf den Bestand der bisherigen Schulden langfristig bis zu etwa sieben Milliarden Euro an zusätzlichen Zinsausgaben für den Bund.“ (Zeit-Online; 11.3.25 „Diese Schuldenpakete gefährden unseren Wohlstand“)

³⁰ German-foreign-policy.com; 7.3.25

Widerspruch, der nur durch die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln aufzuheben ist.

Wer zahlt die Schulden: Im zweiten imperialistischen Weltkrieg ist im faschistischen Deutschland beispielsweise das „eiserne Sparen“ praktiziert worden, das darauf hinauslief, einen Teil des Lohnes der Arbeiter und Angestellten auf Konten der Sparkassen zu blockieren; letztere wiederum brachten diese Mittel der Werktätigen in staatlichen Anleiheobligationen und Schatzwechseln unter. Auf diese Weise erhielt die faschistische Regierung Milliardenbeträge durch Ausplünderung der Werktätigen auf dem Anleihewege, die schließlich über die staatlichen Rüstungsaufträge in die Hände der deutschen Monopole fielen. Das „eiserne Sparen“ war also eine besondere Form der Zwangsanleihen, deren ganze Last die Werktätigen zu tragen hatten und die die Verelendung der Werktätigen unmittelbar verstärkten.³¹

Das erste Programm, das auf die Kriegs-Anleihen gegen das Volk nach dem 18. März 2025 folgen könnte, ist im Handelsblatt nachzulesen: Feiertage streichen; Elterngeld streichen; Renteneintrittsalter erhöhen; Mehrwertsteuer erhöhen; „Sicherheits-Soli“ einführen.³² Die Reserven für die kommende Massenerwerbslosigkeit sind bereits aufgebraucht, die Rücklagen der „Bundesagentur für Arbeit“ (BA) sind von gut 23 Milliarden im Jahr 2019 auf 0,6 Milliarden im Jahr 2024 geschrumpft – oder anders: Ohne den Raub an dieser Kasse wäre die Staatsschuld um 22,4 Milliarden Euro größer.³³ Die BA rechnet 2025 mit 46,5 Milliarden Euro „Einnahmen“ und 47,8 Milliarden „Ausgaben“.³⁴ Die Zahl der Empfänger von „Grundsicherung“ im Alter ist von ca. 250.000 im Jahr 2003 auf 703.000 im Jahr 2024 nach oben geschnellt³⁵. Wer um wenige Renten-Euro über der „Grundsicherung“ im Alter liegt, erhält diese nicht, ist und bleibt dabei aber einer von Millionen: Arm. Die Verelendung hält vor den Kriegskrediten vom März 2025 Einzug, kann man auch nicht alles und jede Zahl in einen Topf werfen. Aber sechs Millionen „Beschäftigte in Deutschland ohne Berufsabschluss“³⁶ sprechen eine eindeutige Sprache: Die kommenden

³¹ Siehe E. BREGEL; Steuern, Anleihen und Inflation im Dienste des Imperialismus

³² Handelsblatt; 7.3.25

³³ „Glauben Sie, dass man beim Bürgergeld sechs Milliarden Euro im Jahr einsparen kann, wie es Merz angekündigt hat? Ja, das halte ich für realistisch. Und mit einer wirksameren Migrationspolitik gäbe es weniger Menschen, die vom Sozialstaat versorgt werden müssen, obwohl sie kein Bleiberecht haben. Und genauso halte ich es für plausibel, dass unter den heute vier Millionen arbeitsfähigen Menschen im Bürgergeld einige Prozent sind, die künftig arbeiten oder sich aus der Grundsicherung abmelden, wenn wieder klar ist, dass diese eine Hilfe für Menschen in Notlagen ist.“ (Metallarbeitsgeber-Chef Stefan Wolf spricht im Interview; FAZ, 26.2.25)

³⁴ Statistisches Bundesamt; „Arbeitsagentur wieder im Minus“

³⁵ Statistisches Bundesamt; „Altersarmut in Deutschland nimmt zu“

³⁶ Handelsblatt; 17.2.25

Kriegskredite sind kein Zeichen der Stärke eines deutschen Imperialismus, der nach erneuter Vormachtstellung buhlt, sie sind Ausdruck tiefster Zerrüttung, Stagnation und Fäulnis. Mag der Imperialismus sich drehen und wenden wie er will, Stagnation heißt Untergang - es gibt keinen Stillstand auf Dauer, das ist die Faustregel der Konkurrenz und die Qualität der Geschichte: Stagnation als Ende jeder vorkommunistischen Gesellschaftsordnung.

Das zweite Programm soll der Griff auf zehn Billionen privater Ersparnisse in Europa sein. Die Enteignung der Völker im Namen des Krieges: „Wir werden private Ersparnisse in dringend benötigte Investitionen umwandeln. [sic!] Und wir werden mit unseren institutionellen Partnern zusammenarbeiten, um das Projekt auf den Weg zu bringen.“ So die urdeutsche Ursula von der Leyen. Dahinter steckt die „Idee“ einer Spar- und Investitionsunion (SIU) und der „REARM-Europa-Plan“ (Wiederbewaffnung Europas) und damit mehr, als „nur“ 150 Milliarden für Aufrüstung.³⁷

Ob eine solche „Idee“, die die Nazis mit ihren Zwanganleihen nicht besser hätten entwickeln können, in dieser Form real werden kann, ist völlig unklar. Denn bei den gerade vorhandenen Widersprüchen innerhalb der EU, deren Mitglieder zur Hälfte nicht bereit sind, ihre Haushalte über jegliche Grenze für die Kriegsproduktion zu hieven, also zu sprengen (und damit ebenso die NATO als Militärallianz unter US-Führung an ihr Ende treiben), deren Militärs zwar in der Zahl der vorhandenen Waffen und Soldaten an das US-Militär heranreichen mögen, die Koordination Dutzender und Hunderter verschiedener Waffensysteme unter einem Kommando als reaktionäres Europa aber schier unmöglich scheint (kein Imperialist entwaffnet sich freiwillig) und die Vormachtstellung des deutschen Imperialismus gegenüber dem Französischen bei weitem nicht mehr der von vor 15 Jahren entspricht, ist der Ausgang völlig offen. Was wir sagen können ist lediglich dies: Jede einer solchen „Idee“ der vollständigen Enteignung der europäischen Völker durch Kriegskredite, Staatsanleihen und Verelendungsprogramme macht eine Union, einen zollfreien Warenhandel und Kapitaltransfer unter imperialistischen Vorzeichen mehr und mehr unmöglich. Und doch: Zum Trotz aller Millionen und

³⁷ Und weiter heißt es von der eigentlichen europäischen Kriegsministerin: „Unser Wirtschafts- und Innovationspotenzial ist ein Plus für unsere Sicherheit. Der REARM-Europa-Plan wird unsere Verteidigung und unseren Binnenmarkt stärken. In diesem Monat werden wir ein neues Vereinfachungspaket auf den Weg bringen, auch für unsere Rüstungsindustrie. Und wir werden die europäische Sparkassen- und Investitionsunion vorstellen.“ Der SIU- Entwurf nennt eine Summe von rund zehn Billionen Euro, die derzeit zu etwa 70 Prozent in Bankeinlagen liegen. Siehe: <https://exxpress.at/politik/von-der-leyen-wir-werden-private-ersparnisse-in-investitionen-umwandeln/>

Abermillionen Toten, die die Aufrechterhaltung einer reaktionären Union Europas mitten im Krieg nach sich zieht, fordert der nächste europäische Deutsche, Manfred Weber, CSU, das, was es nie wieder hätte geben dürfen - eine europäische Armee, ohne die SS beim Namen zu nennen: Ein europäischer Generalstabschef müsse künftig „die aufgerüsteten Armeen befehligen und klare Ansagen bei der Beschaffung machen können“. Nötig seien zum Beispiel beschleunigte Genehmigungsverfahren und mehr Zusammenarbeit zwischen europäischen Waffenschmieden. „Aber das kann auch bedeuten, dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden“.³⁸ Wir müssen ernsthaft bezweifeln, dass der deutsche Imperialismus unter seiner Führung diesen Angriff noch wird gehen können. Aber wir wissen auch, dass noch all seine Unterfangen von Anfang bis Ende aussichtslos waren. Und was hier zu lesen ist, ist vieles, nur kein Konjunktiv verschiedener Möglichkeiten, die kapitalistische Widersprüche mit sich bringen. So werden Kriege nicht gemacht, nein, das ist der Krieg! Jetzt misst sich, was der Revolutionär gelernt hat.

Für die Arbeiterklassen Europas heißt es nicht zum ersten Mal: Arbeiten für Europa heißt arbeiten für den Krieg! Jeder nächste Tarifvertrag mit „Personaleinsatz für Beschäftigte“ in Großdeutschland über den eigenen Betrieb hinaus bedeutet noch einmal mehr: Keine Krankenhäuser in Spanien oder Griechenland – vereint euch, Proletarier aller Länder! Widerstand tut Not!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
März 2025*

³⁸ junge Welt; 17.3.25

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES
NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG-
DER KRIEG IST IN DER WELT!
MÄRZ 2025

**Grünbuch - Kriegsvorbereitung zur Niederschlagung des
Widerstands der Arbeiter und des Volks gegen den deutschen Krieg
im eigenen Land
oder:
Die Linke für den Krieg gegen die Arbeiterklasse und Werktätige im
Inneren – Wahlboykott?!!!**

Der Eroberungskrieg im Osten wie auch in anderen Gebieten erfordert die völlige Mobilmachung der Soldateska für die Fronten in anderen Ländern, insbesondere gegen Russland. Der Widerstand gegen die Kriegsgräueltaten im Ausland wie auch im eigenen Land muss mit aller Härte unterdrückt und niedergeschlagen werden, denn obsiegt der Widerstand der Arbeiterklasse mit den Werktätigen, Teilen des Kleinbürgertums wie auch aus dem Bürgertum Kommenden und geht in den bewaffneten Aufstand über, so hat der Bourgeoisie das letzte Stündlein geschlagen. Deswegen errichtet der Generalstab den Heimatschutz im eigenen Land unter Führung des deutschen Militärs für die Ruhe an der Heimatfront.

Ruhe an der Heimatfront zur Absicherung der Truppen- und Militärtransporte an die Fronten.

Ruhe an der Heimatfront zum Schutz des Kapitalbesitzes an den Fabriken wie auch zum Schutz der reibungslosen Kriegsproduktion auf Hochtouren.

Ruhe an der Heimatfront durch die Okkupation des Sanitätswesens für das Militär.

Ruhe an der Heimatfront für weitere Soldatenaushebungen, die in die Millionen gehen müssen. Für den Nachschub des Kanonenfutters.

In einem sog. „Grünbuch - Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall

Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen“ haben Teile des Offizierskorps wie auch der Generalität aus der am 14. März 25 neu installierten Heimatschutzdivision die Vorlage erstellt mit den Geheimdiensten, Ministerien wie auch aus Teilen der Monopolbourgeoisie wie etwa Airbus oder PwC PricewaterhouseCooper. Es konkretisiert hier Teile des „Operationsplan Deutschland“, der weiterhin geheim ist, das Grünbuch aber für die zuständigen staatlichen Stellen die Handlungsanweisungen vorgibt, die in Gesetze oder Anweisungen gegossen werden, weshalb es auch öffentlich zugänglich ist. Ein Mord- und Kriegsplan zur Aufrechterhaltung des Kriegs gegen Arbeiterklassen und Völker anderer Staaten durch den Krieg im eigenen Land, damit Krieg und Maximalprofit florieren. Dass die bourgeoisen und militärischen Autoren aber auf kommende „Unruhen“ eingehen, die zu bekämpfen sind mit bewaffneter Gewalt, zeigt abermals, wie unsicher die Bourgeoisie sich ihrer ausgebeuteten Klasse ist, die ihre Stärke im Handeln nicht im geringsten schon kennt – das Kapital und Militaristen aber schon.

Für den reibungslosen Nachschub, ohne den ein Krieg keine drei Wochen dauern kann, errichtet der Heimatschutz „Versorgungsstützpunkte“, um die zu den Fronten durchziehenden Soldaten zu verpflegen, Benzin zur Stelle zu haben wie auch Sanitätsdienste, Betten, Werkstätten, Ersatzteillager etc. für zehntausende von Soldaten täglich. Bewacht durch den militärisch geführten Heimatschutz.

Der Heimatschutz übernimmt die Absicherung von Straßen und Brücken, errichtet Sperren für den Zivilverkehr, flankiert von der paramilitärischen Polizei, handelnd nach Spitzeldiensten von VS und MAD. Was sie als „Schutz kritischer Infrastruktur“ dem Arbeiter und Volk verkaufen, diese Dienste für den Völkermord – aber Lügen (fake news) gibt es Gott sei Dank ja nur in Russland, China und neuerdings in den USA. Vorzugsweise für das Militär passierbare Grenzübergänge mit Umgehung von Staus an den Grenzen, auch durch Flüchtlingsbewegungen.

In diesem Kriegsplan ist auch zu finden die Absicherung der Kriegsproduktion durch den Heimatschutz, für die es ja eine Sicherung des Waffen-Nachschubs bedarf.

Geplant ist neben der Freimachung von Krankenhäusern, Arztpraxen, Sanitätseinrichtungen für Soldaten zur vorzugsweisen Behandlung verwundeter Soldaten (tausend Verletzte täglich, so ihre Vorstellung) vor der Zivilbevölkerung auch die Dienstpflicht für das Sanitätspersonal im Gesundheitswesen. Rettungsdienste, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, ambulante Versorgungseinrichtungen, Arztpraxen und Apotheken. Danach schreiben längst nicht nur CDU/CSU/SPD/FDP/Grüne.

Also die Vorbereitung und Einführung der Zwangsarbeit, wie sie längst in der Weimarer Republik eingeführt wurde, unter dem Hitlerfaschismus ausgebaut und in 12 Millionen Zwangsarbeitern und ihrer Vernichtung durch die bestialische Schinderei - „Arbeit“ - von 1939 bis 1945 ihren barbarischen Höhepunkt für den heiligen Maximalprofit fand.

Für die panzertauglichen Brücken, Straßen, Häfen etc., für die Errichtung von Krankenhäusern für Soldaten, für Nutzbarmachung der Infrastruktur für den Krieg und vieles mehr - nicht aber zur Beseitigung von Schäden an innerstädtischen Straßen - dafür wird ein Riesenanteil der 500 Milliarden der Infrastruktur-Schulden verwandt. Das Rote Kreuz hat schon mal vorsorglich 20 Milliarden für ihren Sanitätsdienst im Krieg reklamiert. Auch diese 500 Milliarden sind genauso Kriegskosten wie die hunderte Milliarden, gar Billionen für den deutschen Krieg der Bundeswehr und des Militärhaushalts. Arbeiter, davon wirst du nichts sehen an gesamtgesellschaftlicher Vorsorge, außer du hast einen Panzer in der Garage für deinen Ausflug über panzertaugliche Brücken und Straßen.

Davon gezahlt wird auch der geforderte Bunkerbau, die Einlagerung von Vorräten – wobei auch Privatpersonen selbst Vorräte anlegen sollen.

Weiter fordert die Generalität in diesem „Grünbuch“ die Zusammenarbeit der Zivilwirtschaft mit den Geheimdiensten – also die Gestapo im Betrieb - für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung, indem klassenkämpferische, Widerstand und Sabotage leistende Arbeiter in den Gefängnissen und Folterkellern der herrschenden Klasse und ihres Gewaltapparats landen und elendig krepieren.

Hierzu dient auch die „erhöhte Polizeipräsenz“, ihre „Zusammenarbeit“ mit den Geheimdiensten – Gestapo –, also der Überwachung und Einschüchterung des Volks auch außerhalb der Betriebe. Das Grünbuch warnt vor *Sabotageakten*, verlangt die *Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch erhöhte Polizeipräsenz* im ganzen Land, die enge Zusammenarbeit von *Polizei und Streitkräften*. Die Inlandsgeheimdienste (Bund und Land) müssten z.B. *Desinformationskampagnen schnell erkennen und Gegenmaßnahmen vorschlagen, um gesellschaftlichen Spaltungen entgegenzuwirken*. Zur *Identifikation und Abwehr hybrider Bedrohungen* sei eine *systematische enge Abstimmung* auch der Geheimdienste mit Bundeswehr und Polizei unumgänglich. Trennungsgebot? Es soll so angewandt werden, dass es zu *keiner Einbuße in der Öffentlichen Sicherheit* führen könne.

Selbstverständlich fehlt nicht die staatliche Hirnwäsche, die Aufhetzung für den Krieg des Volks, die schon in den Schulen bei den Kleinsten beginnen soll. Die Militarisierung frisst sich durch die gesamte Gesellschaft: Sie beginnt mit der Zentralisierung des gesamten Staatsapparats durch eine *vertikale und horizontale Vernetzung der staatlichen Ebenen*, in die *zivilen Akteure* und Nichtregierungsorganisationen (NGO) konsequent einbezogen werden müssten. Die

widerstandsfähige Gesellschaft erfordere einen *Schulterschluss aller Akteure*, und zwar *von der lokalen Bevölkerung bis hin zu staatlichen Institutionen*. Dafür müssten Zivilisten *geschult und sensibilisiert* werden. Es gelte, ein *kollektives Bewusstsein zu schaffen*, dass *jede und jeder Einzelne* etwas beitragen müsse. Wie etwa die *Einlagerung von Vorräten*, eine *Vorbereitung auf Mangellagen*. Man müsse zivil-militärische *Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren regelmäßig üben*. Deutsche Volksgemeinschaftsideologie.

Kurz, ein Mord-Plan für das Völkergemetzel des deutschen Finanz- und Monopolkapitals.

Und wer sind nun die offiziellen Herausgeber dieses Plans, der keine rechtliche Grundlage besitzt, aber die Grundlage für die Gesetzgebung ist?

Abgeordnete von fünf Bundestagsfraktionen zeichnen als „Herausgeber“: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Dr. André Hahn von den Linken!!!!

Wer die Linken wählt, wählt den Frieden? – Wahlboykott!

Der neue Kriegskanzler fordert die erweiterte „Atomare Teilhabe“ für den deutschen Imperialismus

Der wahrscheinlich neue Kriegskanzler, der Finanz- und Wahlbetrüger Merz, verlangt nach dem erweiterten Zugriff auf Atomwaffen, indem die Atomwaffen Frankreichs und Englands „auch für uns in Anspruch (!) genommen werden könnten.“

Das ist nichts anderes als der Zugriff des deutschen Imperialismus auf Atomwaffen. Es ist auch in diesem Punkt die Aufhebung des 2+4-Vertrags von 1990. Nach dem selbst die nukleare Teilhabe verboten ist:

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.“

Der von der BRD 1968 unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag regelt eindeutig:

„Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonst wie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.“

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags schreibt hierzu:

„Der 2+4-Vertrag enthält keine Kündigungsklausel. Eine Revidierung des 2+4-Vertrags, der die völkerrechtliche Grundlage und politische

Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung (am 3. Oktober 1990) bildet, ist politisch und rechtlich kaum vorstellbar. Sie könnte allenfalls im Einvernehmen mit allen Vertragsparteien (also den Siegermächten des 2. Weltkriegs USA, Russland, Frankreich und Großbritannien) erfolgen.“

Sollten Frankreich oder England einen Teil ihrer Kernwaffen auf dem Gebiet der BRD oder gar der annektierten DDR stationieren und der deutsche Imperialismus diese Waffen mit Kampfjets befördern, so widerspricht dies dem Völkerrecht des 2+4-Vertrags. Ganz unabhängig davon, ob dies Frankreich oder gar England überhaupt tun würden.

Allerdings gibt es nach der Auflösung der Sowjetunion keinen Staat, der die Einhaltung des Völkerrechts absichern kann durch seine proletarische und Volksmacht. Die Imperialisten haben nicht das geringste Interesse an der Einhaltung, verletzen sie es doch tagtäglich zu ihrem Nutzen.

Demzufolge wird auch eine Klage gegen die Verletzung des Völkerrechts durch die BRD kein Internationaler Gerichtshof annehmen, geschweige denn gegen die BRD entscheiden aufgrund des Internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Monopolbourgeoisie. Denn sonst hätten wir ernsthaft geprüft, ob eine solche Klage gegen die BRD zur Einhaltung des Völkerrechts im Widerstandskampf gegen den Krieg des deutschen Imperialismus wir nutzen könnten.

Weiterer Verstoß der Parteien des deutschen Imperialismus gegen den 2+4-Vertrag:

„Masterplan zur Stärkung der Bundeswehr und der Verteidigung Deutschlands“

Die CSU verlangte vor der Bundestagswahl am 12.2.25 in ihrem Masterplan einen klaren Verstoß gegen den 2+4-Vertrag der Alliierten mit dem Aufbau der Bundeswehr:

„Aufwuchs auf 500.000 einsatzbereite Soldaten und Reservisten – dazu Wiedereinführung der Wehrpflicht und eine stärkere Verankerung in der Gesellschaft.“

Eindeutig ist im 2+4-Vertrag geregelt und dem deutschen Militarismus vorgeschrieben:

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren.“

„Einsatzbereite Reservisten“, das ist die Mobilmachung und diese Reservisten, die ständig in Manövern eingeübt werden, sind klar den Soldaten in der Gesamtrechnung hinzuzuzählen und stellen einen weiteren Vorstoß gegen diesen völkerrechtlich bindenden Vertrag dar. Die Angriffe gegen den Vertrag häufen sich in den letzten Jahren, wie z.B. kürzlich auch

der Versuch zur Zulassung von Nato-Soldaten im Marine-Kommando Potsdam, worüber wir berichteten.

Aber wo kein Kläger, da kein Richter. Die Sowjetunion hätte dem deutschen Kriegstreiber seine Schranken noch aufgezeigt, die Oligarchen auf den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion haben daran nicht das geringste Interesse.

Offiziell schon 400.000 Arbeiter in der Kriegsproduktion

Das Rüstungskapital beutet inzwischen 105.000 Arbeiter in der Kriegsproduktion aus, macht zusammen mit den Arbeitern im Bereich „Sicherheit“ sowie den Zulieferern etwa 400.000, direkt für den Krieg Arbeitende. In Wahrheit sind es natürlich viel, viel mehr. Zum Vergleich: In der gesamten chemischen Industrie arbeiten derzeit knapp 450.000 Arbeiter.

FAZ, 22.1.25, gfp 23.1.25

200 Klägerinnen und Kläger, darunter 17 Verbände und 185 Einzelpersonen gehen gemeinsam gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vor

Mitteilung der GEW Bayern vom 5.2.2025:

„Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer

Am Bayerischen Verfassungsgerichtshof wurde heute im Namen von 200 Kläger*innen Popularklage gegen das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ eingereicht. Die Klagenden sehen die Wissenschaftsfreiheit und das Friedensgebot in Gefahr. Das Bündnis aus Jurist*innen, Wissenschaftler*innen, Kirchen und Verbänden spricht sich gegen eine weitere Militarisierung von Schulen und Universitäten aus. Im Vorfeld der Bundestagswahlen berichtete das Nachrichtenportal Bloomberg am 1.02.2025 über Forderungen der deutschen Rüstungsunternehmen Hensoldt und Rheinmetall, die an vielen deutschen Universitäten verankerten „Zivilklauseln“ abzuschaffen. Bloomberg stellt fest, dass der mögliche nächste Bundeskanzler Merz (CDU) schon jetzt erklärt hat, freiwillige Verpflichtungen von Universitäten, nur für friedliche Zwecke zu forschen, abschaffen zu wollen.

Dazu **Martina Borgendale**, Vorsitzende der GEW Bayern:

„In Bayern sind Zivilklauseln bereits seit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr im August letzten Jahres verboten. Die Bildungsgewerkschaft GEW in Bayern hat gegenüber dem Gesetzgeber in einer ausführlichen Stellungnahme Argumente gegen dieses Verbot dargelegt, die jedoch keine Berücksichtigung im Gesetzgebungsprozess gefunden haben. Auch die von der GEW Bayern und der Deutschen

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Bayern gesammelten mehr als 1.500 Unterschriften für eine Petition an den Bayerischen Landtag haben keine Änderungen am Vorhaben des Verbots von Zivilklauseln erwirken können. Deswegen klagen wir jetzt. “

Diese Kritik der GEW Bayern an dem Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit wurde u. a. auch vom Bayerischen Studierendenrat geteilt. Dieser beschwerte sich ebenfalls darüber, überhaupt nicht in den Gesetzgebungsprozess eingebunden worden zu sein, und charakterisierte das Gesetz als „gravierenden Einschnitt in die Freiheit der Forschung“, welches auch zu Missbrauch einlade. Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die in dem neuen Gesetz einen Eingriff in die Grundrechte sehen. In einem Artikel, welcher am 29. Januar in Kooperation mit dem „Max Planck Institute for the Study of Crime, Security and Law“ beim Verfassungsblog erschien, werden grundsätzliche Zweifel an dem bayerischen Gesetz ausgeführt (vgl. www.verfassungsblog.de/bayern-bundeswehr-hochschule). Im neuen Studienheft 14 „Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit“ des „Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (BdWi), welches u. a. zusammen mit dem „Freien Zusammenschluss von Student*innenschaften“ (fzs) herausgegeben wurde, widmet sich ein eigener Artikel den laufenden Angriffen auf die Zivilklausel.

Die nächste Ausgabe des jährlich erscheinenden Grundrechte-Reports, die am 21. Mai in Berlin vorgestellt wird, wird sich ebenfalls mit dem bayerischen Gesetz auseinandersetzen.

Grund dafür ist nicht nur der Eingriff in die Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit, sondern auch der Zugriff der Jugendoffizier*innen der Bundeswehr auf Schulen, der im Gesetz nun zwingend vorgegeben wird. Bisher konnten Schulen bzw. Lehrkräfte selbst entscheiden, ob sie die Bundeswehr in ihre Klassenzimmer einladen oder nicht.

Aktuell ist mehr als jede zehnte Person bei der Rekrutierung minderjährig. Zudem wurde 2024 mit 2.203 rekrutierten Minderjährigen ein trauriger Höchststand erreicht. Die Kläger*innen befürchten, dass durch den De-facto-Werbeeinsatz der Uniformierten im Unterricht der jährlich steigende Anteil minderjähriger Soldat*innen noch weiter zunehmen wird. Minderjährige sind in der Bundeswehr teilweise schweren Kinderrechtsverletzungen ausgesetzt, z. B. sexueller Gewalt, erniedrigender Behandlung, körperlichen und seelischen Schäden u. v. m. Deutschland missachtet damit die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und die mehrmaligen Ermahnungen der UN gegenüber der Bundesregierung. Das bayerische Bundeswehrförderungsgesetz manifestiert diesen untragbaren Zustand.

Mit der heute von über 200 Klägerinnen und Klägern eingereichten Popularklage liegt es nun am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, die Kritiker*innen anzuhören und ihre Argumente und Einwände zu prüfen.

Die Klagen gegen das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ wollen eine verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes anstoßen, da ihre Argumente gegen das Gesetz im Gesetzgebungsverfahren kein Gehör fanden und die Forderungen nach Militarisierung von Bildung, Schulen und Universitäten auch außerhalb Bayerns immer mehr aufgegriffen werden.

Zu den Kläger*innen zählen unter anderem der Mitherausgeber des jährlichen „Grundrechte-Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“ Dr. Rolf Gössner, der Friedensforscher und Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik Dr. Werner Ruf, der Hochschulprofessor Dr. Klaus Weber und der Professor i. R. Dr. Gerhard Steeger.

Pressekonferenz zur Einreichung der Popularklage

Am Vormittag fand in der bayerischen Landeshauptstadt eine Pressekonferenz von GEW Bayern und DFG-VK Bayern statt. Maria Feckl von der DFG-VK Bayern moderierte sie. Die Projektleiterin der internationalen Friedenskonferenz erteilte nach der Eröffnung der Landesvorsitzenden der GEW Bayern das Wort.

Weitere Unterstützer*innen der Popularklage

Neben den o. g. Sprecher*innen auf der Pressekonferenz unterstützt auch der Musiker und Autor Konstantin Wecker die Popularklage. Außerdem gehören zahlreiche Gewerkschaftsfunktionär*innen, darunter die GEW-Bundesvorsitzende Maike Finnern und Aktivist*innen aus der Friedensbewegung, wie z. B. Dr. Hannes Jung von Science4Peace am DESY Hamburg, zu den Kläger*innen.

Unterstützt wird die Klage auch von Verbänden, wie von der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dem Bund für Geistesfreiheit, dem Münchner Freidenker-Verband e. V., der deutschen Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung – pax christi, dem Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden e. V., dem Friedensmuseum Nürnberg e. V. und dem Verein zur Förderung von Friedensarbeit im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen e. V. sowie dem bayerischen Landesverband der Partei Die Linke.“

Genossen,

seht euch die Liste der Kläger genau an, mehr findet ihr auch im Internet bei der GEW Bayern. Falls ihr den einen oder anderen kennt, tretet mit ihm in Verbindung wegen unserer Internationalen Manifestation am 9. Mai in Potsdam zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Ladet sie ein dabei zu sein, wenigstens eine Stellungnahme zu verfassen, die wir in der zentralen Flugschrift im Vorfeld abdrucken und auch verlesen können.

Deutsch-okkupiertes Litauen steigt aus der Streumunitionskonvention aus

„Der Austritt Litauens aus der Konvention über Streumunition: Ein gefährlicher Präzedenzfall für das humanitäre Völkerrecht

Am 6. März 2025 vollzog Litauen als erster Vertragsstaat überhaupt seinen Austritt aus der Oslo-Konvention zum Verbot von Streumunition und schuf damit einen gefährlichen Präzedenzfall. Dieser folgenschwere Schritt könnte andere Staaten ermutigen, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu überdenken – mit verheerenden Konsequenzen für die Zivilbevölkerung.

Die Argumente von Litauen für den Austritt sind bekannt - und halten einer genauen Analyse nicht stand. Streubomben sind nicht umsonst verboten: im Jahr 2023 stammten 93% ihrer Opfer aus der Zivilbevölkerung. Und der militärische Nutzen der Waffen wird immer wieder in Frage gestellt. Die Zivilgesellschaft und zahlreiche Staaten läuten Alarm gegen die schleichende Erosion der Konvention.

Die Entscheidung Litauens kommt zu einem kritischen Zeitpunkt. Das weltweite Verbot dieser Waffen ist unter Druck: In aktuellen Konflikten wie in Syrien und der Ukraine haben verbotene Streumunition und Landminen unzählige Menschen getötet oder verletzt. Die USA haben ihre eigene Politik über Bord geworfen und liefern regelmäßig Streumunition an die Ukraine.

Handicap International (HI), Gründungsmitglied der Internationalen Koalition gegen Streumunition (CMC), spricht sich entschieden gegen die Entscheidung aus und fordert Litauen auf, diese erneut zu überdenken. Die Organisation unterstreicht die Bedeutung des gemeinsamen Engagements der Vertragsstaaten für die Konvention und ruft dazu auf, alle Versuche zurückzuweisen, verbotene Waffen wie Streumunition und Landminen zu legitimieren.“

www.streubomben.de

Die Regierung der BRD hat diesem Austritt Litauens zugestimmt, wahrscheinlich aber das kleine Land veranlasst die Konvention zu verlassen, damit der deutsche Imperialismus mit Steumunition über seinen Vasallen Litauen den Krieg gegen Gebiete in Russland leichter, d.h. hinter dem Rücken anderer Vertragsstaaten, führen kann.

Die Kriegsschulden der Ukraine

Der geplante US-Rohstoffpakt mit der Ukraine leitet Gelder nach Washington, mit denen Kiew seine Kredite bei der EU abzahlen könnte. Die ukrainische Rüstungsindustrie bietet der EU Investitions- und Importchancen.

27. Feb 2025, german-foreign-policy

BERLIN/BRÜSSEL/KIEW (Eigener Bericht) – Der geplante Rohstoffpakt der USA mit der Ukraine schwächt Kiews Fähigkeit zur

Rückzahlung von Dutzende Milliarden Euro schweren Darlehen an die EU. Berichten zufolge ist der Pakt weitgehend unter Dach und Fach und wird am morgigen Freitag bei einem Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Washington unterzeichnet werden. Er sieht, soweit bekannt, einen privilegierten Zugriff der Vereinigten Staaten auf die Hälfte der Einnahmen aus dem Verkauf neu zu erschließender Ressourcen vor. US-Präsident Donald Trump betrachtet dies als Ausgleich für Leistungen der Biden-Regierung, die als Zuschüsse erteilt wurden. Die EU dagegen hat einen großen Teil ihrer Hilfen nur als Kredite gewährt; diese belaufen sich auf rund 44 Prozent der ukrainischen Auslandsschulden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten können darauf hoffen, von einem sich abzeichnenden Boom der ukrainischen Rüstungsindustrie zu profitieren, die nach auswärtigen Investoren sucht und sich auf umfangreiche Rüstungsexporte in westliche, etwa europäische Staaten vorbereitet. Dabei geht es um relativ kostengünstig hergestelltes, kriegserprobtes Gerät, zum Beispiel Drohnen.

Der Rohstoffpakt

Die Vereinigten Staaten und die Ukraine haben sich übereinstimmenden Berichten zufolge auf einen Rohstoffpakt geeinigt, der aller Voraussicht nach am morgigen Freitag bei einem Besuch von Präsident Wolodymyr Selenskyj in Washington unterzeichnet werden wird. Nach aktuellem Stand sieht der Pakt vor, dass die Hälfte sämtlicher Einnahmen aus dem Verkauf ukrainischer Bodenschätze in einen Fonds eingezahlt wird, auf den die Vereinigten Staaten Zugriff haben. Teile des Fonds sollen für Investitionen in der Ukraine genutzt werden.[1] Wie die New York Times berichtet, betrifft der Pakt in seiner jetzigen Form nicht die Lagerstätten, die schon heute ausgebeutet werden, sondern nur neu zu erschließende Funde. Allerdings sind auch Einnahmen etwa aus dem Transport und der Verschiffung der Rohstoffe inbegriffen. Nicht mehr enthalten ist die ursprüngliche US-Forderung, Kiew müsse eine Gesamtsumme von 500 Milliarden US-Dollar an Washington überweisen. Zudem ist im Vertragstext der Begriff „Sicherheitsgarantien“ enthalten; darauf hatte Kiew beharrt. Allerdings findet er sich laut New York Times nur in der Formulierung, die USA „unterstützten“ die „Bestrebungen der Ukraine, die benötigten Sicherheitsgarantien zu erhalten“.[2] Was dabei genau unter „Unterstützung“ verstanden werden soll, sagt der Wortlaut nicht.

Kiews Hauptgläubiger

US-Präsident Donald Trump begründet seine Forderung, Washington müsse Zugriff auf die ukrainischen Rohstoffe bzw. auf die Einkünfte aus ihrem Verkauf erhalten, vor allem mit dem Hinweis, die USA hätten ihre Unterstützung für die Ukraine weitgehend als Zuschüsse gezahlt und sie nicht wie andere, darunter die EU, zu größeren Teilen als Kredite vergeben. Das trifft zu. Genauere Angaben lassen sich etwa einer Analyse entnehmen, die im Januar das Comité pour l'abolition des dettes illégitimes (CADTM)

aus Liège publiziert hat. Demnach sind die Schulden, die Kiew bei der EU hat, von 5 Milliarden US-Dollar Anfang 2022 auf gut 43 Milliarden im November 2024 gestiegen. Rechnet man Kiews Kredite bei der European Investment Bank (EIB) und der European Bank of Reconstruction and Development (EBRD) hinzu, ergibt sich eine Summe von fast 50 Milliarden US-Dollar. Das sind laut Berechnung des CADTM rund 44 Prozent aller Auslandsschulden des ukrainischen Staates. Weitere kommen absehbar hinzu. So wird die EU im Rahmen ihres Anteils an dem G7-Hilfspaket von 50 Milliarden Euro, auf das sich die G7 2024 geeinigt haben, ungefähr 85 Prozent erneut als rückzahlbaren Kredit vergeben – 33 Milliarden Euro. Davon wurden bereits 12,4 Milliarden gezahlt; mehr als 20 Milliarden Euro Schulden kommen also in den nächsten zwei Jahren hinzu.[3]

Kreditbedingungen

Wie aus der Analyse des CADTM hervorgeht, ist die EU damit der Hauptgläubiger der Ukraine – und das mit erheblichem Abstand. 18 Prozent der ukrainischen Auslandsschulden gehen auf Weltbankkredite, 15 Prozent auf Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurück; vier Prozent muss Kiew in Kanada begleichen, ein Prozent in Japan. Etwa 18 Prozent bestehen aus Schulden bei privaten Gläubigern, insbesondere Investmentfonds wie etwa BlackRock.[4] Das CADTM hebt hervor, dass die Ukraine ihre Weltbank- und IWF-Kredite auch während des Krieges zurückzahlen muss; der IWF verlange dabei, so heißt es, Zinsen in Höhe von bis zu 8 Prozent. Ihm habe Kiew von 2022 bis 2024 fast 9 Milliarden US-Dollar zurückzahlen müssen. Maßgebliche Verantwortung dafür trage das Land, das den dominanten Einfluss beim IWF besitze – die Vereinigten Staaten. Zu berücksichtigen sei außerdem, dass die Ukraine im Gegenzug gegen die Vergabe von Krediten eine Vielzahl an Bedingungen erfüllen und sogenannte Reformmaßnahmen einleiten müsse; dies forderten nicht nur Weltbank und IWF, sondern ausdrücklich auch die EU. Das CADTM gibt die Zahl der verbindlich zu erfüllenden Bedingungen und Maßnahmen unter Berufung auf das ukrainische Finanzministerium mit 325 an.

Die ukrainische Rüstungsindustrie

Mit dem nun offenbar garantierten US-Zugriff auf die Einnahmen aus dem Verkauf der ukrainischen Rohstoffe entfällt eine Finanzquelle, aus der Kiew seine Schulden bei der EU zurückzahlen könnte. Dafür tut sich möglicherweise eine andere Quelle auf, aus der sich auf die eine oder andere Weise Profit ziehen ließe – die ukrainische Rüstungsbranche. Diese ist seit Kriegsbeginn rasant gewachsen. Das Stockholmer Forschungsinstitut SIPRI etwa weist in einer aktuellen Analyse darauf hin, dass der Rüstungskonzern Ukrainian Defense Industry (vormals UkrOboronProm) allein im Jahr 2023 seine Erlöse um 69 Prozent auf 2,2 Milliarden US-Dollar steigern konnte.[5] Auch kleinere Rüstungsunternehmen boomen. Das Australian Strategic Policy Institute (ASPI) etwa berichtet, die Zahl der Startups, die die ukrainischen Streitkräfte belieferten, habe sich 2024 mehr als verdoppelt und liege nun bei rund

1.500.[6] Sie stellten die unterschiedlichsten Produkte her – von Drohnen, die per Glasfasertechnologie gesteuert werden, über ferngesteuerte Maschinengewehre für unbemannte Bodenfahrzeuge bis hin zu Drohnenabwehrdrohnen. SIPRI nennt die Branche „dynamisch, vielfältig und innovativ“.[7] Darüber hinaus sind ihre Produkte, heißt es regelmäßig, kriegserprobt.

Investitionschancen

Ukrainische Stellen, aber auch Branchenexperten weisen regelmäßig darauf hin, Investitionen in ukrainische Rüstungsfirmen – gerade auch in manche Startups – könnten sich für westliche Unternehmen langfristig sehr lohnen. Einige westeuropäische Konzerne, darunter etwa Rheinmetall, haben inzwischen an ukrainischen Standorten Fuß gefasst. Zwar ist bislang das Volumen der Investitionen noch gering; berichtet wird von einer Gesamtsumme, die allenfalls zwischen 20 und 40 Millionen US-Dollar liegt. Doch zeichnet sich mittlerweile, heißt es, ein spürbarer Aufschwung ab.[8]

Exporthoffnungen

Es kommt hinzu, dass die ukrainische Rüstungsbranche auf lukrative Waffenexporte zu hoffen beginnt. Kürzlich forderten ukrainische Waffenschmieden die Regierung in Kiew auf, ein kriegsbedingt zur Zeit bestehendes Exportverbot zu lockern. Man habe mittlerweile Produktionskapazitäten geschaffen, die zum Teil über das, was die ukrainischen Streitkräfte bräuchten, hinausgingen, erklärte im Dezember eine Branchenvertreterin: „Alles, was unsere Armee nicht benötigt oder nicht kaufen kann, schlagen wir vor, kontrolliert an Länder der Ramstein-Gruppe zu exportieren“.[9] Von einem Exportpotenzial an Rüstungsgütern im Wert von mehr als zehn Milliarden Euro war die Rede. Die Fertigungskosten in der Ukraine liegen weit unterhalb von denjenigen in Westeuropa; Steuern und Abgaben spülen bei steigender Waffenfertigung Geld in die hochverschuldete Staatskasse, was die Rückzahlung der Milliardenkredite an die EU begünstigt.

[1] Robert Putzbach, Majid Sattar: Trump und der „große Deal“. Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.02.2025.

[2] Andrew E. Kramer, Constant Méheut: Draft of Minerals Deal Features Vague Reference to Ukrainian Security. nytimes.com 26.02.2025.

[3], [4] Eric Toussaint: La dette de l’Ukraine : un instrument de pression et de spoliation aux mains des créanciers. cadtm.org 13.01.2025.

[5] Kateryna Kuzmuk, Lorenzo Scarazzato: The transformation of Ukraine’s arms industry amid war with Russia. sipri.org 21.02.2025.

[6] Oleksandr Ihnatenko: The underexploited potential of Ukrainian defence tech. aspistrategist.org.au 17.02.2025.

[7] Kateryna Kuzmuk, Lorenzo Scarazzato: The transformation of Ukraine’s arms industry amid war with Russia. sipri.org 21.02.2025.

[8] Kollen Post: Ukraine's long-awaited weapons tech investment boom is finally kicking off. kyivindependent.com 17.02.2025.

[9] Clara Marchaud: Ukrainische Rüstungsindustrie drängt auf Exporte ins Ausland. euractiv.de 16.12.2024.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
März 2025*

**ZU DER HAUPTFRONT
DER
NATIONALEN UND INTERNATIONALEN
ARBEITERBEWEGUNG
GEGEN DIE DROHENDE GEFAHR
EINES ERNEUTEN WELTKRIEGS**

I.

Auf jedem Kontinent und darin in der Mehrheit der Staaten und Länder ist die nationale Arbeiterbewegung in der Situation, den Krieg gegen das Proletariat und die Völker im Widerstand und in der Organisierung des Kriegs- gegen den Krieg sich zu organisieren. Die Hauptfront des Klassenkampfes verlangt, all die einzelnen, wie umfassende Kriegsfronten der nationalen, wie insbesondere der imperialistischen Staatengruppe zurückzuschlagen, im Abwehrkampf gegen die jeweilige Kriegs-Bedrohung im letzten Stadium des Imperialismus und am Vorabend, im heutigen Morgen der sozialistischen Revolution.

Man muss nur einmal wahrnehmen, welche Bedrohung von einzelnen Staaten, wie der USA und auch im weiteren wie China, Russland, etc. und nationalen Bourgeoisien im „Hinterhof“ des US-Imperialismus tobt und wie viel Kriegskonflikte und Kriegshandlungen darin längst gegeben sind. Lateinamerika – seit dem Sieg des US-Imperialismus in der Anti- Hitler-Koalition im zweiten Weltkrieg - zum der USA erklärt, indem er Jahrzehntelang die jeweiligen Volksbefreiungsbewegungen mit Hilfe der 5. Kolonne, die er sich darin organisierte, militärisch ausrüstete und mit ihnen die Befreiungsbewegungen niederschlug, längst seine Kompradoren-Bourgeoisie so eigenständig und gegenständig gegen den US-Imperialismus sich gebärdet, dass er die Kompradoren-Bourgeoisie immer weniger unter Kontrolle hat, in ihrem eigenen Verlangen, sich mit Hilfe weiterer Staaten gegen die USA zu erheben – wie es der Panama-Kanal offen und aber erneut zeigt. Ein Stellvertreter-Krieg um die Okkupation des Kanals der dort gegenüber dem Staat Panama ausgetragen wird gegen das starke ökonomische China in seiner Expansion in der Unterwerfung von

einzelnen lateinamerikanischen Staaten in der Ausplünderung der Schätze der Rohstoffe, wie im Kapital- und Warenexport in diese Länder – als der aggressivste Konkurrent des US-Imperialismus. Hierin liegt der Konflikt, im Besitz des Kanals und seiner Drehscheibe der Aus- und Einfuhr von Gütern aus nicht wenigen lateinamerikanischen Staaten und hat seine Ursache. Der US-Imperialismus hat sich mit Militär Jahrzehnte lang die lateinamerikanischen Staaten unterworfen und wird jetzt mit einem wirtschaftlichen und ökonomischen Angriff aus China als Teil von dessen „Seidenstraße“ konfrontiert. Dies wird umso mehr möglich, in der Zerstörung des lateinamerikanischen „Leuchtturms“ Cubas und seiner Vereinnahmung. Diese hat nicht mehr mit dem jahrzehntelangen US-Boycott was gemein, sondern mit Kapitalexport aus kapitalistischen Ländern und den USA selbst, die das Leuchtturm, das im Inneren die neue Bourgeoisie selbst löscht, jetzt zum Feuer einer Besetzung des Landes eben mit längst geführt hat und weiterführt. Dies hat gewaltige Auswirkungen auf die Arbeiter und Völker in den Länder Lateinamerikas, nicht allein in den barbarischen inneren Kriegen der Kompradoren-Bourgeoisie und ihrer paramilitärischen Söldnertruppen, bezahlt aus den USA, sondern auch in der Unterwerfung ausländischer Staaten und des US-Imperialismus. Dieser versucht es immer noch, militärisch der ökonomischen Okkupation aus China darin Stand zu halten, aber unübersehbar liegt darin seine Schwäche, wie es der Kampf darstellt um den staatlichen Besitz des Panama-Kanals.

Und es hat damit unmittelbar nicht nur in Lateinamerika, sondern ebenso auf dem Kontinent Australien schon die größte militärische Auswirkung, die weit über die des zweiten Weltkrieges gegen Japan hinaus geht. Australien, das so wenig Beachtung in der Kriegsfront der imperialistischen Staat erhält, aber seit Jahren, wie insbesondere im letzten Jahrzehnt zum Fliegerhorst oder als Kriegsbasis der Bomber und des Luftkrieges gegen China und weitere kleine asiatische Staaten ausgebaut ist und Militärübungen unter der Führung der USA stattfinden, mit Beteiligung aus Deutschland und weiter mehr als 19 asiatischen Staaten, als reale Bedrohungskulisse gegen das China, das sich immer schneller und mehr als Weltmacht darstellt. Auch der Widerstand aus der australischen Bevölkerung erhält keine große Beachtung. Aber Japan spielt darin eine gewichtige militärische Rolle, da die völkerrechtlich bindenden Auflagen aus dem zweiten Weltkrieg an der Seite des faschistischen Deutschland seit mehr als einem Jahrzehnt von den japanischen Machthabern ignoriert werden. Dies mündete in eine Militarisierung der Gesellschaft und das waffenstarrende Japan steht längst in der „asiatischen Kriegsfront“ unter aktiver Beteiligung der USA und am Katzentisch dabei der deutsche Imperialismus. Damit erneuert sich der Völkermord des Japans unter einem Kaiser im heutigen Japan und darin besteht die Gefahr für die internationale und nationale Arbeiterbewegung.

Oder man wendet sein Wissen und seinen Blick auf den afrikanischen Kontinent! Nachdem die dortigen Befreiungsbewegungen nach dem Rückzug der alten Kolonialmächte den Arbeitern und Völkern in den 60er- und 70er- Jahren die Hoffnung einer Zukunft aufzeigten und damit ihre Niederlage mit erhielten im konsentierten erneuten Angriff der einstigen Kolonialmächte – aus Europa, wie insbesondere der USA und Russland in seiner nach-revolutionären Zeit, unter der militärischen aktiven geschaffenen Kriegsfront in fast allen Ländern von nationalen paramilitärischen Kriegsverbrechen, wie unmittelbar wieder im Kongo. Das Land wird dort zerstört, die dort lebenden Menschen, die Bauern und Arbeiter, man kann es nicht anders bezeichnen, werden abgeschlachtet. Um was? Wer bekommt die reichen Lagerstätten von Rohstoffen des Kongo, die in heutiger Zeit wenigen imperialistischen Staaten die Entwicklung der Produktivkräfte sichern sollen.

Keiner weiteren Ausführungen bedarf es gegenüber der Kriegs-Barbarei in einem Land der Arbeiter und auch Völker, das sich schon zweimal aus dem Krieg der herrschenden Klasse befreit hat und die Welt wenigsten ein paar Jahrzehnte zu einem Ort machte, wo der Frieden nicht nur Rot war, sondern der Frieden der Menschheit weitgehend gesichert wurde für ihre ureigenste Befreiung. In einem Frieden der NICHT zum Krieg, zum Weltbrand führen musste, ohne den Vorabend der Revolution in das heutige Morgen der sozialistischen Revolution zu führen. Wie jede Verspätung darin und darin mit genannt die Fehler und Nicht-Beherrschung der Kommunistischen Parteien und damit der Arbeiterräte in den Sozialistischen und Volksdemokratischen Ländern, eine der entscheidendsten Ursachen zu benennen es gilt, das erneute Aufkommen einer „Neuen Bourgeoisie“, ihr Krieg gegen die eigene Arbeiterklasse im Bruderkrieg, oder ihre Unterwerfung nochmal in die Ausbeutung und Unterdrückung einer Bourgeoisie, die sich weltweit, eben bis zu Grönland, im Kriegszustand in und mit anderen imperialistischen Staaten sich befindet.³⁹

³⁹ **Anmerkung:** Was die Länder Syrien, Libanon, Palästina, Israel und weitere betrifft, ist Klarheit dem kommunistischen Revolutionär im eigenen Land gegeben - wie aber auch darin, dass man an der Seite derjenigen zu stehen hat, die dem nicht endenden Völkermord ein Ende bereiten wollen in den Kämpfen in diesen Ländern. Denn auch dort waren und sind es die Kriegsfractionen fremder Länder, die seit Jahrzehnten die reaktionären militärischen Horden wie Hamas, die selbst von der kriegsführende Reaktion in Israel und anderen Staaten geschaffen wurden und auch aufgebaut wurden gegen die schwache und kleine National-Bourgeoisie PLO. Die wahrlich unfähig sich zeigte, in den Klassenwidersprüche in den heutigen kriegsführenden oder von ihm betroffenen Ländern sich auf die Seite des Proletariats zu stellen, ob in Israel oder in Gebieten der Vertreibung des Palästinensischen Volks oder sich auf der Seite der Arbeiter der schwachen Nationalstaaten sich bewegte. Und eine Staatenlösung oder Zwei-Staaten-Lösung dadurch nicht zu schaffen wusste. Aber paramilitärische Reaktion ihr unterzuschieben heißt ihre Geschichte entweder

Man hat lange zu suchen noch ein Land zu finden, das sich nicht im Kriegszustand befindet und nicht im Krieg steht oder von ihm bedroht wird. Man könnte vielleicht noch Neuseeland zur Stunde nennen, aber kein Kanada, etc. Und sieht man die Welt als Ganzes und nicht in Staaten: Dann kommt man auch nicht daran vorbei, die letzte Ausbeutung des Menschen im Imperialismus - von einer aus zwei Händen bestehenden Staatengruppe - selbst darin zu sehen im Krieg gegen den Planeten. Im Heutigen nicht das Morgen zu sehen, das die internationale Arbeiterbewegung sich erkämpfen wird. Ansonsten wird es mit Milliarden aus der Menschheit ein schreckliches Ende nehmen und finden. Die Hauptfront des Kampfes „Klasse gegen Klasse“, Hauptarbeit der Arbeiterklasse, hat sie in der Befreiung aus dem Lohnsystem zu sehen, will sie sich und die Menschheit befreien von Krieg und Faschismus und damit von der letzten Ausbeuterklasse in der Menschheitsgeschichte. **Es gilt eben noch: Ob im Ersten oder Zweiten oder im Dritten drohenden Weltkrieg: SOZIALISMUS oder BARBAREI!!!**

Ge. Helge
14.2. 2025

II. EINE RECHNUNG - OHNE DAS PROLETARIAT

Der US-Imperialismus, jedenfalls seine sich erwählte Regierung Trump, ist zu der Ansicht gelangt, dass sie weder den politischen Betrug gegen ihre kriegsverbündeten Staaten benötigt, noch gegenüber der eigenen und der internationalen Arbeiterklasse. Kann klarer und auch eindeutiger klargelegt werden, wozu der US-Imperialismus die Nato-Mächte benötigte und sich eingebunden hat in den Krieg gegen Gebiete der UdSSR, gegenüber der Okkupation der Ukraine und ihrer Unterwerfung der Fünften Kolonne,- als ihre Kompradorenbourgeoisie, als Kriegswilliger gegen die eigene Arbeiterklasse und das eigene Proletariat? Es ist und bleibt der Raub des Reichtums des Landes, seiner wertvollen Grundstoffe, die jede entwickelte industrielle Produktion benötigt und auch einfordert – so auch industrielle Produktion in den USA. Wie darüber hinaus die Produktivkraft der Menschen der Arbeiterklasse und der „Bauern-Knechte“ als Arbeiter in einer erneuten Ausbeutung und Unterdrückung, gegen jede revolutionäre erneute Erhebung. Dem kann auch keine zeitweilige Vereinbarung mit dem „Kriegsgegner“ Russland im Wege stehen – solange der Kriegs-Profit gegenüber den zeitweiligen Kriegsverbündeten gegen sie gesichert werden

nicht zu kennen oder gänzlich selbst die Bedeutung darin, in der Arbeiterbewegung in Israel nicht zu sehen – das von Regierungen, die dem Zionismus eben nahestanden, sich noch regieren lässt - oder den bürgerlichen Krieg von und in arabische Länder, auf ihre Staatsgebiete bringt – in der Besatzung von Land, etc.

kann, dem US- Imperialismus. Da zeigt sich die NATO als das, was sie seit ihrem Entstehen war: eine Allianz der USA zur Eroberung des Lands des Proletariats. Und soweit im Besonderen der deutsche Imperialismus die Rolle einzunehmen hat und weiter dafür herzuhalten hat, dass er seine Staatshaushalte mehrfach so verschuldet, dass er per Militäreinsatz eben auch den Raub an den Bodenschätzen dem US-Imperialismus absichert; gegen eine Klasse, mit der man eventuell zu rechnen hat, das Proletariat.

Aber dem deutschen Kriegstreiber bleibt nur die Aussicht, sich mit den „Resten“, die der US- Imperialismus und Russland übriggelassen haben, „Reste“ der Grundstoffe, die er so nötig zur eigenen Entwicklung in den Produktivkräften benötigt, zufriedenzugeben. Der deutschen Arbeiterbewegung kann nicht klarer und deutlicher von seiner kriegsführenden Regierung und Bourgeoisie gesagt werden, wozu der Krieg des deutschen Imperialismus gegen das ukrainische Volk geführt wird und weiter Milliarden der Arbeiterklasse aus der Lohnarbeit kommend entzogen und in Pulverdampf aufgehen werden, oder ihr Verlust der „Arbeit“ in der Massenerwerbslosigkeit seine wesentliche Ursache hat. Oder anders gesagt: Darin besteht die „Sicherheit“ des Annexionslandes: im Krieg, der ihm erst mal zu einem profitablen Geschäft werden muss und damit Sicherheit besteht, das Volk lässt sich in den Raubkrieg weiterhin einbinden oder darin unterwerfen.

Wie weit die Rechnung des US-Imperialismus und der weiteren Staaten in den jeweiligen Kriegsallianzen, ob in Asien oder in Europa, nicht ohne die Hauptklasse in der Welt, dem Proletariat, gemacht ist, wird wesentlich davon abhängen, wie schnell es dem klassenbewusstesten Teil in den Gebieten der UdSSR, in China und in den Kriegsbrennpunkten in einzelnen Ländern gelingt, sich als Klasse unter der Avantgarde der Kommunisten erneut zu organisieren. Ob das australische Proletariat sich gegen die Besetzung durch die US-Armee als Militärstützpunkt im Krieg erhebt. Die USA haben seit Jahrzehnten den Militärstandort bis zur Kaserne der US-Truppen ausgebaut und Milliarden US-Geld des Staates sind versickert, usw. – Dass sich Proletariat und Volk in Australien erhebt zur und in der Unterstützung des chinesischen Volks. Gegen die dort noch herrschende Macht, der in China sich befindenden neuen Bourgeoisie gelingt den US-Imperialismus und daran beteiligten Staaten außer Landes, aus Australien zu schmeißen – um nicht als zerstörtes Land zu enden. Oder: Eben der europäischen Arbeiterklasse, darunter insbesondere unsere Klasse, ihre zwingende Organisation geht um eine nationale und internationale Kriegsfront für den Sozialismus und gegen die Barbarei zu bilden. Oder anders gesagt: den Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital aufhebt in der proletarischen Revolution.

III. EIN PUTSCH

Ohne - Aufmarsch aus den bayrischen Bergen kommend

Oder: Ob es, das deutsche Volk, einen Putsch zweier bürgerlicher Parteien als Wahlverlierer hinnimmt? Die nicht einmal von einem Drittel der Wähler der Bundestagswahl 2025 die Stimme erhielten. Darauf hat der proletarische Klassenkampf die ihm entsprechende Antwort zu geben! Indem das Proletariat nicht weitere Millionen seiner Arbeitsstunden und der darin geschaffenen Produkte sich in Rauch auflösen lässt: im Krieg gegen das Volk und Proletariat z.B. in der Ukraine. Statt die vom Arbeiter geschaffenen Fabriken in eigene Hand und gesellschaftlichen Besitz zu nehmen! Oder: Eine Gruppe zweier kapitalistischer Parteien maße sich an, nicht nur weitere Teile des Grundgesetzes in Fetzen zu hauen, indem sie abgewählten oder noch im Amt befindliche Abgeordneten den Putsch aufzwingt, über Hunderte Milliarden Kredite und mit Zinswucher belastet den Banken die Tresore füllt, indem sie den längst verschuldeten Staatshaushalt noch weiter durch die Aufnahme von Kriegskrediten verschuldet und die kommenden Generationen mit aufzubringender Lohnsteuer plündert, um ihren Krieg, ihren Angriffskrieg gegen das Land des einstigen Proletariats, gegen ihre Kriegs-Allianz-Partner, den Rohstoffreichtum der Ukraine als Kriegs-Profiteur in der Besetzung des Landes für sich besiegelt.

Ein Proletariat, wie wir Kommunisten selbst, dieser Kriegsmeute, die in einer Regierung der Minderheit über Millionen Deutsche herrschen will, kein Ende setzt, indem wir der Vernichtung der von uns geschaffenen Werke und Fabriken, diesem Angriffskrieg gegen unser Volk kein Ende bereiten, indem wir einer Regierung, einem Kanzler ohne Mehrheit im Volk nicht den Streik in jedem Betrieb den Kapitalisten entgegensetzen, um unsere Macht zu organisieren gegen eine Regierung des Kriegs und des Faschismus im Generalstreik! Ein Volk, das solch einen Putsch duldet, steht in der Gefahr, sich dem Krieg seines Hauptfeindes, des deutschen Imperialismus, zu unterwerfen und nicht allein den Parlamentarismus hin zur offenen Gewaltherrschaft erneut und zum zweiten Mal zu erleiden. Wer solch einer Regierung mit solch einem Kanzler, der Feuer legt an die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie, und solch einem zu erwartenden Kriegsminister aus der Partei, die sich als erneute Partei des Steigbügelhalters erweist, nicht den Boykott entgegensetzt im Kampf gegen Faschismus und Krieg, der wird der unsäglich mörderischen Geschichte: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" nicht entgehen.

Ohne den Generalstreik als naheliegend probates Kampfmittel unserer Klasse wird dieses längst in der tausendfachen Erwerbslosigkeit, dieses nackte Elend und unsere Verelendung sich selbst an jedem Tisch in unserer Familie, der Kriegs-Provokateur und Gegner der Demokratie als Plünderer und Räuber des gesellschaftlichen Eigentums in einer kapitalistisch noch gegebenen Ordnung breit machen. Keinen Cent und keinen Mann einem Deutschland des Krieges gegen das nationale und internationale Proletariat!

**„Wer nicht gegen den Kapitalismus kämpft
wird Krieg und den Faschismus nicht los“!**

Genossin Helge
3.2. 2025

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
März 2025*

VW ZEIGT WIRKUNG UND WIE DIE IGM DIE ARBEITER VERKAUFT IN KRIEGSZEITEN

1.

VW wirkt sich aus. Leider trifft unsere Einschätzung zu, dass die Massenkündigungen und Lohnsenkung bei VW und ob die VW-Arbeiter das schlucken oder in den Widerstand gehen, eine entscheidende Frage für die gesamte Arbeiterklasse dieses Landes ist, insbesondere natürlich in der Autoindustrie. Das zeigt sich aktuell sehr deutlich bei Mercedes. Es war umso richtiger, dass wir in den kalten Januartagen bei einigen VW-Werken vor den Toren standen. So wie auch die Initiative zu dem Treffen in Kassel u.a. mit aktiven VW-Arbeitern aus Kassel richtig und wichtig war. Daraus resultierten erste kleine Schritte gegen das Raubpaket, aber freilich noch weit entfernt von dem Widerstand, den es benötigt hätte, um überhaupt in der Klasse Wirkung zu haben.

Wirkung hat jetzt die Niederlage. Bei **Mercedes** haben Vorstand und Gesamtbetriebsrat jetzt auch ein Raubpaket ausgehandelt (siehe Anhang). Die Androhungen waren ähnlich denen bei VW und auch die Maßnahmen, also im wesentlichen Lohnkürzung und Personalabbau über Abfindungen und Frühverrentung sind identisch, allerdings in geringerem Umfang. Die Löhne sollen um zweieinhalb Prozent gesenkt werden und (noch!) keine Entlassungen im Arbeiterbereich. Ganz offensichtlich also eine Salami-Taktik vom Kapital, die in Nebensätzen sogar zugegeben wird, wenn z.B. gesagt wird, die Auswirkungen möglicher Zölle der USA auf Autos sind hier nicht berücksichtigt. Diese könnten bei bestimmten Baureihen den Verkauf von einem Viertel der Produktion betreffen und damit auch die Arbeitsplätze an den Bändern. Die Arbeiter dort sind allerdings jetzt erstmal erleichtert, dass es andere und sie selbst nicht so heftig trifft. Vor Bekanntwerden des Verhandlungsergebnis war noch eine Bereitschaft zum Widerstand da, jetzt wird von einem blauen Auge gesprochen, mit dem man meint, davon gekommen zu sein. Es ist aber weniger die Hoffnung oder die Gutgläubigkeit, als die Angst, die hier dominier, die Angst vor der Erwerbslosigkeit. „Lieber ein paar Euro weniger, als den Job verlieren“; „So schlimm, wie bei VW ist es nicht gekommen“ sind die Aussagen vieler

und der Vorwand, nicht in den Streik zu gehen. Die Angst können wir ihnen nicht nehmen, weil es wird tatsächlich noch viel schlimmer kommen und an die Existenz gehen.

Die Kunst ist jetzt diese geschickte Salamitaktik zu durchbrechen und den Arbeitern ihre Angst zu nehmen. Dazu braucht es im ersten Schritt den Klassenhass, z.B. indem wir in unserer Agitation nicht nur schriftlich, sondern möglichst auch in Aktionen deutlich machen, in welchem Luxus die Herrn Kapitalisten schwelgen, während der Arbeiter auf Lohn verzichtet. Leider ist es bei Mercedes Grund des Aktienstreu-Besitzes nicht so einfach an Personen festzumachen, aber ein Fakt, dass allein der Vorstandsvorsitzende Källenius demütig auf 2% seiner Bezüge verzichtet, aber trotzdem noch 12,5 Mio. € für 2024 sich auszahlen lässt. Solche und ähnliche Fakten braucht es jetzt.

Auch rechtlich muss dieser Pakt zwischen Gesamtbetriebsrat und Mercedes-Vorstand geprüft werden, bzw. ist bereits in der Prüfung und muss auch auf dieser Ebene angegriffen werden, wenn das möglich ist. Deswegen, weil noch die Mehrheit der Arbeiter im Legalismus gefangen ist und wir keinen Punkt auslassen dürfen, der den Widerstand oder wenigstens das Misstrauen gegen die Kapitalisten und ihre Diener stützen kann. Das betrifft einmal die weitere Ausweitung der Leiharbeit, also die Verleihdauer auf 48 Monate, was nichts mehr mit „Spitzenbrechen“ oder ähnlichem zu tun hat. Leider allerdings kein ganz neuer Punkt. Und das betrifft die Halbierung der Tarifierhöhung, schließlich ist Mercedes im Flächentarif und hat nicht, wie VW einen Haustarifvertrag. Es kann also sein, dass sie hierfür eine Zustimmung der Tarifvertragsparteien benötigen würden, auch wenn sie geschickter Weise die Übertariflichen-Zulagen kürzen.

2.

Die IGM in Baden-Württemberg hat mit den Metall- und E-Kapitalisten einen Tarifvertrag geschlossen, durch den sie die Arbeiter z.B. von der niedergehenden Autoindustrie direkt in Rüstungsunternehmen (oder andere) verschieben können, leihweise oder dauerhaft. Noch ist das freiwillig, sowohl für die Kapitalisten (klar), die Betriebsräte als auch individuell für den einzelnen Arbeiter (sofern bei der Alternative Erwerbslosigkeit, noch von Freiwilligkeit gesprochen werden kann). Es entspricht aber damit schon der Kriegswirtschaft im 2. Weltkrieg, wo die Arbeiter ihren Ausbeuter nicht mehr frei wählen konnten und teilweise zwangsweise in die Rüstungsproduktion geschickt wurden.